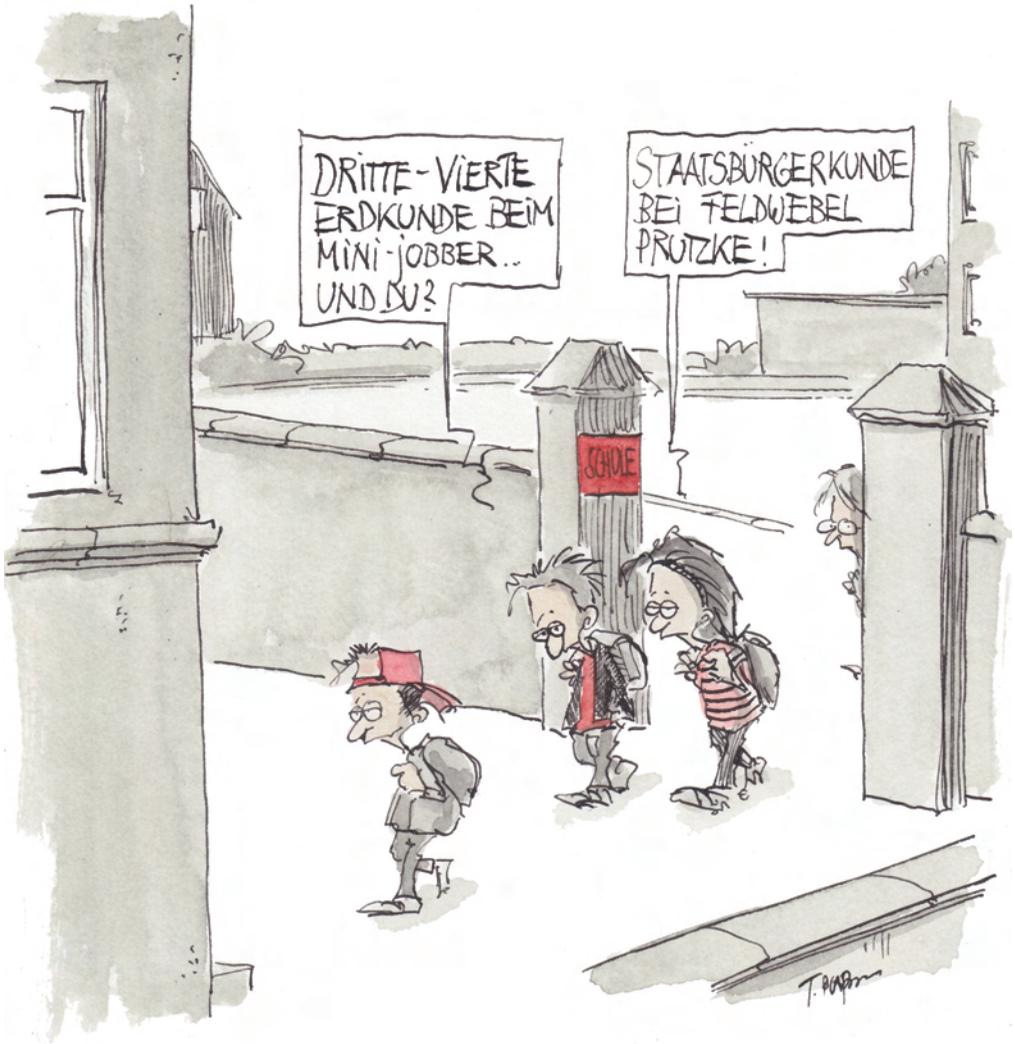


Privatisierungsreport – 12

Die Heilsbringer kommen – zur schleichenden Deprofessionalisierung im Schulbereich



Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Verantwortlich: Marianne Demmer, Ulf Rödde (V.i.S.d.P.)
Autor: Matthias Holland-Letz
Redaktion: Martina Schmerr, Sarah Holze
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt
069/78973-0
Fax: 069/78973-202
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Illustration: Thomas Plaßmann
Gestaltung und Satz: Jana Roth

ISBN: ISBN: 978-3-939470-62-5

Mai 2011

Die Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop
(www.gew-shop.de, E-Mail: gew-shop@callagift.de, Fax: 06103-30332-20),
Mindestbestellmenge; 10 Stück, Einzelpreis 2,00 Euro. Preise zzgl. Verpackungs- und
Versandkosten (siehe www.gew-shop.de).
Artikel-Nr.: 1427

Einzelexemplare können Sie anfordern unter: broschueren@gew.de, Fax: 069/78973-70161.
Preis: 2,70 Euro inklusive Versandkosten.

Privatisierungsreport – 12

Die Heilsbringer kommen – zur schleichenden Deprofessionalisierung im Schulbereich

Vorwort	5
1. Worum es geht	9
2. Seiteneinsteiger und Studierende unterrichten	13
2.1 Telekom-Techniker werden Lehrer in Baden-Württemberg	
2.2 „Förster zu Lehrer“ in Hessen	
2.3 Lehramtsstudierende unterrichten in Hessen	
3. Prekäre Arbeitsbedingungen an Schulen	19
3.1 Illegale Verträge in Niedersachsen	
3.2 Leiharbeit und Minijobs in Bremen	
4. Markt für Lehrervermittlung – eine Auswahl	27
5. Ehrenamtler und „Coaches“ im Klassenzimmer	29
5.1 Freiwilliges Soziales Jahr in Hessen	
5.2 Ehrenamtler in Bayern	
5.3 Elternmitarbeit in NRW	
5.4 Coaches“ des Vereins BildungsCent e.V. in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg oder Niedersachsen	
6. Ein Schulbesuch in Berlin-Schöneberg – Beschäftigte von privaten Trägern im Ganztage	37
7. Notnägeln für benachteiligte Schülerinnen und Schüler	41
7.1 „Fellows“ der Teach First Deutschland gGmbH	
7.2 „Bildungslotsen“ an Haupt- und Förderschulen	
7.3 „Bildungspaten“ für Kinder aus Migrantenfamilien	
8. Schleifung der politisch-ökonomischen Bildung	53
8.1 Unternehmensvertreter unterrichten Wirtschaft	
8.2 Bundeswehroffiziere machen politische Bildung	
9. Was die GEW fordert	61



Die Aufgaben wachsen – der Personalstand nicht. Das ist das Bild, das viele Kolleginnen und Kollegen von ihrer Arbeit an der Schule haben. Und sie täuschen sich nicht. Die Herausforderungen und Pflichten, denen sich Schulen in den letzten Jahren gegenüber sehen, sind umfangreicher und vielfältiger geworden, ohne dass im ausreichenden Maße pädagogisches Personal eingestellt worden wäre. Zugleich gibt es seit einigen Jahren einen eklatanten Mangel an ausgebildeten Lehrkräften in bestimmten Fächern, Schulstufen oder Regionen. Und viele Lehrerinnen und Lehrer beklagen, dass sie immer weniger Zeit für die einzelnen Kinder und jungen Menschen hätten, weil der Druck in den letzten Jahren zugenommen hat: durch Vergleichstests, zentrale Abschlussprüfungen, Umsetzung von Bildungsstandards, Schulzeitverkürzung sowie durch eine gestiegene Verantwortung für Personalfragen, Steuerungs- und Evaluationsprozesse.

In dieser Konstellation kommen seit einigen Jahren auf den verschiedensten Wegen Menschen in die Schulen, die keine pädagogische oder lediglich eine Schmalspur-Ausbildung haben, aber wichtige Teile der Arbeit – oftmals auch den Unterricht – übernehmen. Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler etwa Seiteneinsteiger in den Beruf, Unternehmensvertreter, Ingenieure der Telekom, im öffentlichen Dienst überflüssige Förster, die „Teach-First-Fellows“, Bildungspaten, -coaches und -lotsen, prekäre Beschäftigte, Mini-Jobber, Ehrenamtliche und neuerdings Jugendoffiziere der Bundeswehr kennen. Was auf den ersten Blick wie eine personelle Notlösung aussieht, wird öffentlich gerne schön geredet und von Schulen, die dringend Unterstützung brauchen, oft willkommen geheißen: Endlich Unterrichtsgarantie! Endlich individuelle Förderung! Endlich authentisches Wissen aus der Wirtschaft! Endlich Sicherheitspolitik aus erster Hand! Diese Stimmung meint der Titel dieses Privatisierungsreports: „Die Heilsbringer kommen!“

Der vorliegende Privatisierungsreport sammelt dazu Fallbeispiele aus vielen Bundesländern. Er beleuchtet, welche Gefahren sich für die Unterrichtsqualität ergeben – und wie es um die weltanschauliche Unabhängigkeit von Schule bestellt ist.

Einige dieser Beispiele sind – für sich betrachtet – womöglich nicht anstößig. Die Zusammenschau des personalen Wildwuchses an Schulen und die öffentliche Begleitmusik dazu machen jedoch fragwürdige Tendenzen deutlich. Zum einen entsteht ein Bild von Schulen, die angestammte Aufgaben – etwa die Unterrichtsversorgung, die Berufsorientierung oder auch die Förderung Benachteiligter – nicht (mehr) selbst bewerkstelligen können und Hilfe von außen brauchen. Zum zweiten wird so mancher Personaleinsatz damit begründet, dass Externe bei bestimmten Dingen eben besser geeignet seien als die Lehrkräfte. Zum dritten entsteht – vor allem wenn Externe oder nicht ausgebildete Kräfte im Unterricht eingesetzt werden – der Eindruck, dass es zum Lehrerdasein offenbar nicht viel Vorbereitung und schon gar keine abgeschlossene Lehramtsausbildung brauche. Die Folge – so fürchten wir: Die Vorstellung von pädagogischer Professionalität wird im öffentlichen Bewusstsein geschliffen. „Angehende Zahnärzte erproben ihre berufliche Eignung auch nicht beim Zähneziehen“, werden zwei KollegInnen im zweiten Kapitel zitiert. Bei der Bildung von Kindern scheint das kein Problem mehr zu sein. Nichts weniger als all dies meint der Untertitel „Zur schleichenden Deprofessionalisierung im Schulbereich“. Und hierfür will die vorliegende Broschüre sensibilisieren.

Um eines klarzustellen: Es geht keinesfalls darum, dass Lehrerinnen und Lehrer alle Aufgaben an Schulen alleine erledigen sollen. Das können sie auch gar nicht. Die GEW setzt sich seit vielen Jahren für den Ausbau der Schulsozialarbeit ein, für eine ausreichende Versorgung mit Schulpsychologen, für die Arbeit in multiprofessionellen Teams und für

die „Öffnung von Schule“. Wir wissen, wie bereichernd die Beteiligung etwa von Künstlerinnen oder Menschen, die im Beruf stehen, von Sportlern oder aktiven Vereinen und Verbänden für Kinder und junge Menschen sein kann. Und selbstverständlich ist das Engagement von Eltern und Ehrenamtlichen zu begrüßen. Nicht alle der „Externen“ sind „Heilsbringer“ die einer Deprofessionalisierung des Berufsbilds der Lehrer/in Vorschub leisten.

Jedoch bekommt man mittlerweile den Eindruck, dem chronische Mangel an Lehrkräften, Fachkräften der Schulsozialarbeit und anderer Ressourcen im Schulwesen soll mit personeller Flickschusterei beigegeben werden. Das aber funktioniert nicht. Und schon gar nicht beim Unterricht, der in die Hände gut ausgebildeter Lehrkräfte gehört. Aber auch über den Unterricht hinaus gilt: Für die Bildung und Erziehung junger Menschen braucht es Professionalität und Kontinuität. Und das muss Sache von pädagogischen Profis bleiben. Und zwar von Profis in abgesicherter Arbeit und mit angemessener Bezahlung. Deutsche Schülerinnen und Schüler müssen ohnehin mit rund 25 Prozent weniger qualifiziertem Lehrpersonal auskommen als der Durchschnitt der OECD Staaten.

Egal für welche Aufgaben die „Externen“ eingesetzt werden – ob pädagogische, technische oder Verwaltungsaufgaben – die meisten dieser Tätigkeiten gehören zu den öffentlichen Pflichtaufgaben. Die Folge kann daher sein: notwendige Stellen werden nicht geschaffen, sozialversicherungspflichtige Stellen werden schleichend abgebaut und faktisch wird ein Niedriglohnssektor in Bildungseinrichtungen eingeführt.

Die zahlreichen Status- und Gehaltsgruppen, die mittlerweile im Einsatz sind, stellen die Schulen vor weitere Probleme, etwa juristischer Art oder auch in Fragen der Gleichbehandlung, der Interessenvertretung und der

Mitbestimmung. Problematisch wird die neue „personelle Vielfalt“ an Schulen auch dann, wenn sie sich mit dem zunehmenden Interessen-Lobbyismus verbindet, wofür Kapitel 8 Beispiele liefert.

Entscheidend für eine gute Schule ist jedoch die angemessene und aufgabengerechte Versorgung der Schulen mit Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften. Die KMK hat in einer gemeinsamen Erklärung mit den Lehrerverbänden „Fördern und Fordern – eine Herausforderung für Bildungspolitik, Eltern, Schule und Lehrkräfte“ in 2006 verabredet, dass die durch die zurückgehende Schülerzahlen frei werdenden Mittel für die Qualität und Chancengleichheit in den Schulen eingesetzt werden. Auch der Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin hat in 2008 ein solches Bekenntnis abgelegt.

Nun, im Licht von Schuldenbremse, Wirtschafts- und Finanzkrise, schlagen einige Länder bereits andere Töne an. Professionelle Bildung und Erziehung sind eben teurer als prekäre Arbeit & Co. Das aber hat Schule, das haben unsere Kinder nicht verdient: Bildung ist MehrWert!

Marianne Demmer
Stellvertretende Vorsitzende
der GEW

Martina Schmerr
Referentin
Vorstandsbereich Schule

I. Worum es geht

**„Die Bildungsrepublik Deutschland ist und bleibt ein armes Land.“
Professor Wassilios Fthenakis, Präsident des Didacta-Verbandes,
nimmt kein Blatt vor dem Mund. Er verweist auf den aktuellen Be-
richt „Bildung auf einen Blick“, den die OECD herausgibt. Demnach
steckte der deutsche Staat (Bund, Länder und Kommunen) im Jahr
2007 lediglich 10,3 Prozent seiner Ausgaben in Kitas, Schulen, Hoch-
schulen und Weiterbildung.² Zum Vergleich: Die EU-Staaten gaben
im Schnitt 12,1 Prozent für Bildung aus. Niederlande, Schweden,
Finnland, Großbritannien – sie alle lagen bei öffentlichen Bildungsausgaben, im Verhältnis zum gesamten Staatshaushalt, deutlich vor
Deutschland.³**

Gespart wird vor allem am Personal. „Seit 2003 haben die Länder über 7.500 Lehrer weniger eingestellt, als die Kultusministerkonferenz errechnet hatte – gemessen an der Prognose zum Lehrerbedarf bis 2015“, erklärt Ilse Schaad, für Angestellten- und Beamtenpolitik zuständiges GEW-Vorstandmitglied, im Herbst 2010.⁴ Es fehlen also Tausende von Lehrkräften in den Klassenzimmern. Gleichzeitig entscheiden Bildungspolitiker, dass Schulen immer neue Aufgaben zu bewältigen haben. Verwiesen sei auf Ganztagsangebote, die „Selbstständigkeit“ von Schulen, die Einführung von Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen, die Verbesserung der Übergänge zur beruflichen Ausbildung und die Integration von lernschwachen oder Kindern mit Behinderung (Inklusion). Nicht zu vergessen: In vielen Schulen, vor allem in Großstädten, hat die Schülerschaft zu 60 Prozent oder mehr türkische, arabische oder russische Wurzeln. Lernorte, an denen die Pädagogen gewaltige Integrationsaufgaben stemmen müssen.

Und was tun die politisch Verantwortlichen, um die Not in Klassenzimmern und Ganztagsräumen zu lindern und dem Zorn der Eltern (und Wähler) zu entgehen? Zum einen setzen viele Bundesländer auf Seiteneinsteiger. Die Zahlen der Kultusministerkonferenz sprechen eine

beredte Sprache. 2001 begannen bundesweit 30.613 Lehrerinnen und Lehrer im öffentlichen Schuldienst.⁵ Davon starteten 847 als Seiteneinsteiger. 2009 wurden 30.422 Lehrkräfte neu in den Schuldienst aufgenommen, darunter 1.798 „Seiteneinsteiger“. Deren Anteil erhöhte sich damit von 2,8 Prozent auf 5,9 Prozent. Zum anderen öffnen die Kultusminister die Schulen für prekäre Beschäftigung. Für Betreuungskräfte, pädagogische Zweitkräfte, persönliche Assistenten und andere.⁶ Oft schlecht bezahlt, mit befristetem Arbeitsvertrag, zu Teilzeit gezwungen. Außerdem wirken zunehmend Ehrenamtler an Schulen und fachfremde Externe. Unternehmensvertreter übernehmen mehr und mehr den Wirtschaftsunterricht. Offiziere der Bundeswehr treten auf, um den Schülerinnen und Schülern politische Bildung zu vermitteln.

Wer heute in Klassenzimmern anzutreffen ist⁷

- **Regulär ausgebildete Lehrkräfte im Beamtenverhältnis**
- **Regulär ausgebildete Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis**
- **Lehrkräfte mit befristetem Arbeitsvertrag**
- **Erzieherinnen und Erzieher**
- **Sozialpädagoginnen und -pädagogen**
- **Quereinsteiger**
- **Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**
- **persönliche Assistenten**
- **Honorarkräfte**
- **Minijobber**
- **I-Euro-Jobber**
- **Leiharbeitnehmer**
- **ehrenamtlich Tätige**
- **Eltern**
- **„Fellows“ und „Coaches“**
- **Jugendoffiziere der Bundeswehr**
- **Manager, Personalchefs und weitere Mitarbeiter von Unternehmen**

Quellen

- 1 http://www.didacta.de/presse_Bildung-auf-einen-Blick-Statement-Fthenakis.php, 15.3.2011
- 2 BMBF/KMK (Hg.): OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“– Wesentliche Aussagen in der Ausgabe 2010, Seite 16, Abbildung B4.1, zum Herunterladen auf: <http://www.bmbf.de/de/13920.php>, 15.3.2011
- 3 Wer aus dem genannten OECD-Bericht zitiert, nennt häufig die Gesamtausgaben für Bildung (also öffentliche und private Ausgaben). An dieser Stelle werden lediglich die öffentlichen Ausgaben angeführt.
- 4 GEW macht sich für „Sofortprogramm Lehrernachwuchs“ stark, GEW-Pressemitteilung vom 24.11.2010: http://www.gew.de/GEW_macht_sich_fuer_Sofortprogramm_Lehrernachwuchs_stark.html, 15.3.2011
- 5 dazu und zum Folgenden: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Einstellung von Lehrkräften 2009, Stand: 26.2.2010
- 6 beispielhaft: GEW Landesverband Bremen, Gerech geht anders! Personal- und Betriebsversammlung, Aufruf vom 16.9.2010: http://www.gew-hb.de/Gerech_geht_anders_-_Personal-_und_Betriebsversammlung.html#Section10681, 22.12.2010
- 7 vgl. Aufstellung von Herbert Storn, GEW Frankfurt am Main; eigene Ergänzungen



2. Seiteneinsteiger und Studierende unterrichten

2.1 Telekom-Techniker werden Lehrer in Baden-Württemberg

„Die Kooperation mit der Deutschen Telekom ist für uns ein großer Gewinn“, begeistert sich Georg Wacken, Staatssekretär im baden-württembergischen Kultusministerium.¹ „Die Techniker der Telekom passen mit ihrer Praxiserfahrung hervorragend an unsere Schulen.“ Am 9. November 2009 unterzeichnete das Stuttgarter Kultusministerium mit der Deutschen Telekom AG einen Vertrag. Der sieht vor, bei der Telekom nicht mehr benötigte Beamte des technischen Dienstes zu „Fachlehrern“ zu qualifizieren, damit sie in „musisch-technischen Fächern“ unterrichten können. Gefragt seien vor allem, so das Ministerium, „die Schwerpunkte Technik mit Wirtschaftslehre in Zusammenhang mit Sport oder Bildender Kunst.“

Warum Telekom-Beamte besonders geeignet sind für den Dienst in Schulen:

„Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen zudem über Know-how in Sachen Verwaltungsmodernisierung, weil sie den Wandel von einem öffentlichen Arbeitgeber zu einem privatwirtschaftlichen Unternehmen begleitet haben“.²

Dietmar Welslau, Personalvorstand von T-Home und Sprecher der Geschäftsleitung der Telekom-Beschäftigungsfirma Vivento

Welche Voraussetzungen die Umschüler mitbringen müssen? Es genügt die Mittlere Reife. Außerdem verlangt das Musterländle eine abgeschlossene Berufsausbildung, Berufspraxis und das Bestehen eines Eignungstests. Anschließend müssen die Anwärter eine zweijährige Ausbildung durchlaufen. „Damit ist die Qualifizierung zur staatlich geprüften Fachlehrkraft vollzogen“, erklärt das Stuttgarter Ministerium.

Im September 2009 begannen die ersten zwölf Umschüler mit ihrer Ausbildung. Das Ministerium kooperiert seit 2004 mit der Deutschen Telekom. Bisher diente die Zusammenarbeit dazu, Ingenieure für den Schuldienst, vor allem an berufsbildenden Schulen, umzuschulen. Derzeit absolvieren 55 Ingenieure diese Ausbildung. Die GEW kritisiert die Zusammenarbeit. „Keine seriöse Lösung, um dem strukturellen Mangel an Lehrkräften adäquat zu begegnen“, urteilt die Gewerkschaft.³ Das Kultusministerium betreibe lediglich „personelle Flickschusterei“.

2.2 „Förster zu Lehrer“ in Hessen

Als „intelligentes Instrument“ preist Hessens damaliger Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) im Jahr 2005 die landeseigene „Personalvermittlungsstelle“ (PVS).⁴ Sie hat die Aufgabe, Landesbedienstete, die an ihrem alten Arbeitsplatz nicht mehr benötigt werden, in neue Jobs zu vermitteln. Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensiven gehörten zu diesem Programm, meldete die Landesregierung in Wiesbaden.

Binnen einen Jahres sorgte die PVS dafür, dass rund 1.000 Beschäftigte ihre Stelle wechselten. Die PVS wurde eingerichtet, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Hessen plante damals, bis Ende 2007 insgesamt 9.691 Stellen der rund 150.000 Stellen umfassenden Landesverwaltung abzubauen.

Zum Umbauprogramm gehört das Projekt „Förster zu Lehrern“. Dieses Vorhaben „zeigt sehr gut, wie wir über eine Zusatzqualifikation für unsere Beschäftigten einen neuen Dauerarbeitsplatz finden“, erklärte Weimar im Jahr 2005.⁵ 39 Förster seien bislang beteiligt, hiervon würden 25 ein Zusatzstudium absolvieren, 14 würden künftig als Fachlehrer eingesetzt. Die christdemokratische Landesregierung startete zudem, nach ähnlichem Muster, das Projekt „Ingenieure zu Lehrern“. Die GEW Hes-

sen kritisiert das Programm. In den Lehrerberuf „kann man nicht einfach so wechseln“, betont der hessische GEW-Vorsitzende Jochen Nagel.⁶ Er fordert, dass Förster wie andere Lehramtsanwärter drei Jahre studieren und zwei Jahre Referendariat absolvieren müssen.

„Die Deutsche Physikalische Gesellschaft sorgt sich um die Qualität des Physikunterrichts.... Im Zeitraum 2002 bis 2007 waren 45 Prozent der Physik-Referendare für die gymnasiale Oberstufe Quereinsteiger ohne Lehramtsstudium.... Dabei handele es sich in der Regel um hochspezialisierte Fachleute, die auf die Themenvielfalt und die pädagogischen Anforderungen des Schulunterrichts nur unzureichend vorbereitet seien....“⁷

Pressemitteilung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vom 20.2.2009

Wie er die Umschulung erlebte, berichtet ein ehemaliger Förster auf den Internetseiten des Bundes Deutscher Forstleute (BDF).⁸ Er und seine Kollegen sollten künftig Biologie, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften (EG) und ein weiteres Fach unterrichten. Einsatzort: Haupt- und Realschulen. Die einjährige „Fachlehrer“-Ausbildung, absolviert im Jahr 2005/06, sah so aus:

- Eine sechswöchige Hospitation an einer Haupt- oder Realschule.
- Ein Drei-Wochen-Kurs in den Sommerferien.
- Anschließend Unterricht mit halber Wochenstundenzahl (15 Stunden) an der Ausbildungsschule.
- Zusätzlich Ausbildung, an einem Tag pro Woche, im Studienseminar.

Für viele der im Studienseminar behandelten Inhalte „fehlten uns die Grundlagen“, schreibt der damals 40-Jährige. Außerdem „konnten wir nur ein Jahr der üblichen zwei Jahre absolvieren“. Die Arbeit mit den

Schülern erlebte der ehemalige Förster als anspruchsvoll. „Man meint vielleicht, dass es im Vergleich zum 10-Stunden-Tag eines Revierleiters ein halbes Paradies sein muss, wenn man nur so wenige Stunden unterrichtet.“ Er könne dazu nur sagen, „dass die Schüler eigentlich nie das tun, was man von ihnen will.“ Dass man in diesen Unterrichtsstunden „nicht zu 100 Prozent, sondern zu 120 Prozent gefordert ist.“ Dazu komme die anfangs sehr aufwändige Vorbereitung des Unterrichts, das Studienseminar, die Vorbereitung der Unterrichtsbesuche. Juni 2006 bestand er die Prüfung, mit Note 3. Im August 2006 begann der ehemalige Förster, als Fachlehrer mit 29 Wochenstunden zu unterrichten (Besoldungsstufe: A 11). Die Arbeit mit den Schülern mache Spaß, berichtet der Mann. Dennoch lautet sein Fazit: „Noch einmal würde ich mich für diese Umschulung nicht melden“. Denn die Ausbildung war „zeitlich eng, bruchstückhaft... und insgesamt unbefriedigend.“

2.3 Lehramtsstudierende unterrichten in Hessen

Silke B.⁹ studiert auf Lehramt und flog durch das erste Staatsexamen.¹⁰ Ihr Studienkollege Lars P. rasselte mehrmals durch eine Prüfung. Dennoch dürfen beide während ihres Studiums unterrichten. Silke hat einen BAT-Vertrag über 18 Unterrichtsstunden an einer Gesamtschule in der hessischen Wetterau. Lars lehrt als BAT-Lehrkraft an einem Gymnasium in Frankfurt.

Zwei Fälle von vielen, über die Peter Adamski und Martina Tschirner berichten. Die beiden arbeiten am Seminar für Didaktik der Geschichte an der Frankfurter Goethe-Uni. Rund 20 Prozent der Studierenden, die das Seminar für Geschichte besuchen, so schätzen Adamski und Tschirner, gehen einer regelmäßigen Beschäftigung an einer Schule nach. Weitere 60 bis 70 Prozent der Studenten unterrichten als „regelmäßige flexible Vertretungskräfte“ (in Hessen vormals „U-Plus“ genannt). „Von wenigen

Ausnahmen abgesehen, arbeiten sie völlig selbstständig und werden in keiner Weise angeleitet, geschweige denn kontrolliert“, berichten die beiden, selbst lange im Schuldienst tätig. Die Studierenden sind dankbar – wird das Unterrichten doch viel besser bezahlt als der übliche Studi-Job im Callcenter oder in der Kneipe.

Gute Verzahnung von Theorie und Praxis? Peter Adamski und Martina Tschirner widersprechen. „Angehende Zahnärzte erproben ihre berufliche Eignung auch nicht beim Zähneziehen.“ Das Unterrichten durch Studierende sei „unreflektierte und theorielose Praxis“, urteilen die beiden Pädagogen. Nur wenige verhalten sich wie der Lehramtsstudent Manuel S.: Er arbeitete als Klassenlehrer, musste Noten geben, Arbeiten konzipieren – und sah sich restlos überfordert. Manuel kündigte. Adamski und Tschirner warnen davor, den „erheblichen Lehrermangel“ in Hessen weiter durch den „Einsatz unbedarfter Laien“ beheben zu wollen. Ihr Fazit: „In Hessen betreibt man eine Politik, die der Deprofessionalisierung des Lehrerberufs Vorschub leistet.“

Quellen

- 1 Pressemitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg vom 9.11.2009: <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1258172/index.html?ROOT=1146607&ARCHIV=1181761>, 16.12.2010
- 2 ebenda
- 3 schriftliche Antwort des GEW-Hauptvorstandes auf Fragen, die die Redaktion der Westfalenpost am 13.11.2009 stellte
- 4 KPV Informations-, Bildungs- und Beratungswerk e.V., Personalvermittlungsstelle sichert dauerhaft Arbeitsplätze – bereits über 1.000 Landesbedienstete in neue Jobs vermittelt: <http://www.kpv-ibb.de/deutsch/113/58/587/55001/design1.html>, 16.12.2010
- 5 <http://www.kpv-ibb.de/deutsch/113/58/587/55001/design1.html>, 16.12.2010

-
- 6 Fast jeder zweie hessische Lehrer wird bald pensioniert, veröffentlicht am 7.3.2005 in faz.net: <http://www.faz.net/s/RubABE881A6669742C2A5EBCB5D50D7EBEE/Doc~E71027323DE534AE29C81FB4D790E5FC7~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 16.12.2010
 - 7 <http://www.dpg-physik.de/presse/pressemit/2009/dpg-pm-2009-03.html>, 7.2.2011
 - 8 Dieter Hanke, Umschulung Förster zu Lehrer – ein Erfahrungsbericht, in: BDF-Aktuell 05/2007: http://www.bdf-hessen.de/ar-z-07_05_umschulung_lehrer.htm, 16.12.2010
 - 9 alle Namen von Studierenden wurden von der Redaktion verändert
 - 10 dazu und zum Folgenden: Peter Adamski, Martina Tschirner, Lehrer kann jeder, in: HLZ, 5/2010

3. Prekäre Arbeitsbedingungen an Schulen

3.1 Illegale Verträge in Niedersachsen

Tatort Niedersachsen. Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelt.¹ Polizei und Zollfahndung sind eingeschaltet. Landesweit stehen Ganztagschulen unter Verdacht, Sozialversicherungsbetrug begangen zu haben.² Und zwar bei der Beschäftigung von außerschulischen Hilfskräften. Die Staatsanwaltschaft will wissen, ob deren Arbeit nicht in Wirklichkeit der von abhängig Beschäftigten entspricht. Und wer dafür die politische Verantwortung trägt.³ Vielen der 1.200 Ganztagschulen des Landes droht, Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen zu müssen. Rückwirkend, für bis zu vier Jahre.

„Es geht um Millionen“, schätzt Eberhard Brandt, Vorsitzender der niedersächsischen GEW.⁴ Er vermutet, dass rund 10.000 Honorarkräfte an Ganztagschulen beschäftigt sind. „Bis zu zwei Drittel der Honorarverträge sind nach dem Prüfergebnis der Landesschulbehörde rechtswidrig“, so Brandt. Zwei Schulen, in Braunschweig und auf der Insel Langeoog, hat es nach GEW-Informationen bereits erwischt. Sie wurden dazu verdonnert, für insgesamt fünf Honorarkräfte 16.000 Euro zurückzahlen. Geld, das vom Land Niedersachsen aufgebracht werden muß. Hinzu kommt: Arbeitsgerichte zwingen das Land dazu, ehemalige Honorarkräfte in Festanstellung zu übernehmen. Ein erstes Urteil, ausgesprochen vom Arbeitsgericht Hannover zugunsten eines Ganztagsbetreuers, liegt der GEW vor.⁵

Für die Ganztagschulen des Landes ein Desaster. „Die Budgets vieler Schulen werden nur noch für ein halbes Jahr reichen, weil die Sozialversicherungsbeträge nicht im bisherigen Budget enthalten sind“, stellt Brandt fest. „Die Angebote der Ganztagschulen stehen auf der Kippe.“ Der niedersächsische GEW-Chef sieht die Ursache darin, dass die schwarz-gelbe Landesregierung seit Jahren ein hartes Sparprogramm fährt. „Seit 2004 bekommen neue Ganztagschulen nur ein schmales

Budget, um zusätzliches Personal für den Ganzttag einzusetzen.“ Das zwang sie, „fragwürdige Verträge mit externen Kräften abschließen“, sagt Brandt. Er sieht den Ganztagsbetrieb nun landesweit in Gefahr. „Da brennt die Hütte“, so der GEW-Vorsitzende.

Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) widerspricht. „Die Fortsetzung der Ganztagsangebote durch außerschulische Fachkräfte“ sei durch die laufenden Ermittlungen „unberührt“, erklärte er am 27. Januar 2011.⁶ „Alle bestehenden Verträge an Ganztagschulen laufen unabhängig von weiteren Prüfungen oder Nachforderungen der Rentenversicherungsträger weiter.“

Und was sagen Schulleiterinnen und Schulleiter? „Ich bin verärgert, dass die Juristen der Landesregierung nicht im Vorfeld die Rechtmäßigkeit der Verträge geprüft haben“.⁷ So Regina Sandhaus, Leiterin der Maria-Montessori-Grundschule in Meppen. Einstweilen habe man „auf Verdacht“ ein ähnliches Angebot wie im ersten Halbjahr organisiert. Sie geht aber davon aus, „dass das vorgesehene Budget wegen der neuen Verträge nicht reichen wird.“ Nun müsse sie „höchstwahrscheinlich einen Antrag auf Erhöhung des Budgets stellen.“ Gelassen reagiert Oswald Nachtwey, Leiter der Integrierten Gesamtschule (IGS) List in Hannover.⁸ „Abwarten bis die Rechtslage geklärt ist“, sei seine Devise. Ähnlich sieht es der Schulleiter eines Gymnasiums in Oldenburg, an der zehn Honorarkräfte beschäftigt sind.⁹ „Der Aufwand der Überprüfung schulischer Verträge ist hoch“, erklärt er. Doch die rechtliche Beratung der Schulbehörde helfe; der laufende Ganztagsbetrieb sei nicht eingeschränkt.

Bernd Althusmann, inzwischen auch Vorsitzender der Kultusministerkonferenz, informierte Mitte Dezember letzten Jahres die Schulen, wie die Verträge mit außerschulischen Ganztagskräften künftig zu gestalten sind. Doch diese Hinweise „halten einer kritischen juristischen Prüfung

nicht stand“, erklärt der von der GEW eingeschaltete Rechtsanwalt Karl Otte.¹⁰ Im einzelnen:¹¹

- **Honorarverträge (Dienstleistungsverträge)**

Rechtlich zulässig, wenn sich die Tätigkeit außerhalb des üblichen schulischen Rahmens bewegt. Dies sei kaum vorstellbar, urteilt die GEW, „da häufig Bezüge zum Unterrichtsgeschehen und Selbstbild der Schule gegeben sein werden.“ Außerdem seien Weisungen der Schulleitung oder Konferenzbeschlüsse zu beachten. „Faktisch dürfte es sich in den meisten Fällen um Arbeitsverhältnisse handeln“. Die Betroffenen könnten sich einklagen. Kontrollieren die Rentensicherungsträger, müssen die Schulen Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen.

- **Verträge mit Kooperationspartnern wie Schulvereine/Fördervereinen, Sportvereine, Musikschulen oder Volkshochschulen (Kooperationsverträge)**

Die GEW warnt: „Sind die von den Kooperationspartnern gestellten Kräfte in den inhaltlichen Schulbetrieb eingebunden, ist das unzulässige Leiharbeit.“ Die Gewerkschaft sieht ein „erhebliches Risiko des Regresses oder der Belastung des Schulbudgets.“

- **Befristete Arbeitsverträge**

Laut des niedersächsischen Ministeriums dürfen für den Ganztags lediglich „sachgrundlos befristete“ Verträge abgeschlossen werden. Nach dem bundesweit geltenden Teilzeit- und Befristungsgesetz bestehen für derlei Arbeitsverträge strenge Vorschriften: Sie dürfen maximal für zwei Jahre vergeben werden.¹² Und: War eine Person bereits beim Arbeitgeber beschäftigt, darf dieser den Interessenten nicht erneut befristet anstellen. Was bedeutet, „dass Schulleiterinnen und Schulleiter alle zwei Jahre das Ganztagspersonal austauschen müssen“, betont die GEW. Auch pädagogisch höchst fragwürdig.

„Wir raten den Schulleitungen dringend, sich für alle Verträge mit Ganztagskräften die rechtliche Unbedenklichkeit von der Schulbehörde bestätigen zu lassen, damit Haftung, Regress und Anzeigen wegen Sozialversicherungsbetrug auf die Behörde übergehen und Nachzahlungen zur Sozialversicherung nicht die Schulbudgets belasten.“¹³

Rechtsanwalt Karl Otte auf einer Pressekonferenz der GEW Niedersachsen am 14.12.2010

Eberhard Brandt sieht grundlegenden Handlungsbedarf. Das „Billigmodell“ habe ausgedient. Er fordert die Hannoveraner Landesregierung auf, den Ganztagschulen zusätzliche Lehrerstunden und beim Land angestellte Sozialpädagogen zuzuweisen.¹⁴ Auch „Fachleute aus kommunalen Musikschulen, aus Museen, Theatern, vom Ballett und von Sportvereinen“ sollten an Ganztagschulen eingesetzt werden können. Deren Angebote verschafften den Schülerinnen und Schülern zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten. Für den Einsatz dieser Fachkräfte sei ein Schulbudget sinnvoll, sagt Brandt – „vorausgesetzt, sie bekommen für ihre Arbeit ordentliche Verträge und ordentliches Geld.“

Frauke Heiligenstadt, schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, befürchtet, dass der Skandal weitere Kreise ziehen wird. Sie verweist auf die Berufsschulen, die an dem Modellversuch („Projekt Regionale Kompetenzzentren“) teilgenommen haben.¹⁵ Dazu gebe es „eine umfangreiche Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes“, erklärte Frauke Heiligenstadt am 4. Februar 2011. Sie erwarte, dass die Landesregierung diese Prüfungsmitteilung nun dem Kultusausschuss des Landtags vorlegt.

3.2 Leiharbeit und Minijobs in Bremen

Mittwoch, dritte Stunde in Klasse 3a.¹⁶ Ein Schüler spricht kaum Deutsch, tut sich besonders schwer. „Er braucht intensive Einzelbetreuung“, berichtet Andrea Köster. Als Pädagogische Mitarbeiterin gehört es zu ihren Aufgaben, die Deutschlehrerin zu unterstützen. Also nimmt die ausgebildete Erzieherin den Jungen unter ihre Fittiche. Kein leichter Job. „Geduld, Fantasie und Beharrlichkeit werden auf eine starke Probe gestellt“, seufzt Andrea Köster. Sie kümmert sich an der Grundschule auch um die Werk-AG, hilft in der Schreibwerkstatt, besorgt Unterrichtsmaterialien und steht für die Lehrkräfte am Kopierer. Mitunter werden Pädagogische Mitarbeiterinnen auch als Unterrichtsvertretung eingesetzt, berichtet der Personalrat Schulen in Bremen.

„Von den Beschäftigten an bremischen Schulen, die nicht Lehrkräfte sind, befindet sich mehr als die Hälfte in Leiharbeit, ein großer Teil davon in geringfügiger Teilzeit und in Minijobs.“¹⁷

Hajo Kuckero, GEW-Schulpersonalrat in Bremen

Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennt man in Bremen seit dem Schuljahr 2000/01.¹⁸ Damals führte das kleine Bundesland die „Verlässliche Grundschule“ ein, mit garantierter Betreuung von 8 Uhr bis 13 Uhr. Zunächst ein freiwilliges Projekt, seit 2003 für alle Grundschulen verbindlich. Um die Betreuung sicherzustellen, wurden zusätzliche Kräfte eingestellt – schon bald über schulfremde Beschäftigungsträger. Von der Bremer GEW als „nicht gewerbliche Leiharbeit“ gebrandmarkt. Zu den Trägern zählen Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Hans-Wendt-Stiftung, Schulvereine (entsprechen den Fördervereinen in anderen Bundesländern) und der Verein Stadtteilschule.

Pädagogische Mitarbeiterinnen haben in der Regel nur einen Teilzeitvertrag, oft unter zehn Wochenstunden. Also ein „Mini-Job, ohne wirk-same Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung“, kritisiert die Bremer GEW. Die Einkünfte reichen bei weitem nicht zum Leben. Beschäftigte wie Andrea Köster sind entweder auf einen Zweitjob ange-wiesen, oder auf einen Lebensgefährten, der sie finanziell unterstützt. Andere erhalten zusätzlich zum Lohn Hartz IV, als „Aufstocker“.

In Bremens Klassenzimmern arbeiten neben den Lehrkräften über 1.000 externe Beschäftigte.¹⁹ Es sind Erzieherinnen, persönliche Assistenten sowie Förder- und Stützpädagoginnen. Die größte Gruppe bilden die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dem Personalrat Schulen gelang es am 24. Februar 2011 endlich, nach langjährigen hart-näckigen Verhandlungen, den Einstieg in bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Er schloss eine Dienstvereinbarung mit der Bremer Bil-dungsbehörde.²⁰ Sie gilt für alle Beschäftigte, die nicht unterrichten, aber pädagogisch tätig sind. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Vergütung entsprechend dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dien-stes (TV-L). Bislang unterschied sich die Bezahlung von Träger zu Träger, oft lag sie unter dem TV-L.
- Arbeitsverträge für Regeltätigkeiten sind grundsätzlich unbefristet. Also Schluss mit den vielen Befristungen.
- Teilzeitbeschäftigte erhalten Aufstockungsangebote. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, dürfen Träger neue Mitarbeite-rinnen und Mitarbeiter einstellen. Das bedeutet für Minijobber: Die Chancen auf eine voll sozialversicherungspflichtige Beschäfti-gung steigen.

Bereits 2005 hatte der Personalrat Schulen erreicht, dass sich Pädagogi-sche Mitarbeiterinnen zur Erzieherin weiterbilden können. Der Lehr-gang dauerte zwei Jahre, war berufsbegleitend und finanziert vom

Arbeitgeber.²¹ Ein Angebot, dass 2009 und 2010 erneut aufgelegt wurde. Rund 75 Frauen und Männer nahmen bislang teil. Der Personalrat will das Weiterbildungsangebot fortsetzen.

Quellen

- 1 Aktenzeichen: 5302 Js 80327/10
- 2 zum Folgenden: GEW Niedersachsen, Aktuelle Hinweise zum Ganztagsbetrieb. Brief an alle Schulleitungen in Niedersachsen vom 3.2.2011, zum Herunterladen unter: <http://www.gew-nds.de>, 9.2.2011; Verträge für externe Ganztagsmitarbeiter müssen überprüft werden. Pressemitteilung der GEW Niedersachsen vom 14.12.2010: http://www.gew-nds.de/meldungen/PM_14.12.10.php, 17.12.2010
- 3 GEW Niedersachsen, Althusmann unterschätzt die Dimension der Vertragsprobleme, Pressemitteilung vom 9.2.2011; http://www.gew-nds.de/meldungen/dimension_der_vertragsprobleme.php; 24.3.2011
- 4 telefonische Auskunft von Eberhard Brandt am 8.2.2011
- 5 Arbeitsgericht Hannover, Urteil vom 2.11.2010, Aktenzeichen: 10 Ca 177/10 Ö
- 6 Ganztagsschulen. Kultusminister Althusmann zu Verträgen mit außerschulischen Fachkräften, Pressemitteilung des Niedersächsischen Kultusministeriums vom 27.1.2011; http://www.mk.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1820&article_id=93743&psmand=8
- 7 Regina Sandhaus per E-Mail am 22.2.2011
- 8 Oswald Nachtwey per E-Mail am 15.2.2011
- 9 Auskunft per E-Mail am 23.2.2011
- 10 Verträge für externe Ganztagsmitarbeiter müssen überprüft werden. Pressemitteilung der GEW Niedersachsen vom 14.12.2010: http://www.gew-nds.de/meldungen/PM_14.12.10.php, 17.12.2010
- 11 zum Folgenden: GEW Niedersachsen, Rechtliche Erläuterungen zu den Hinweisen zur Vertragsgestaltung für den Einsatz von außerschulischen Kräften in Ganztagsangeboten, 14.12.2010.
- 12 Paragraph 14, Absatz 2, Teilzeit- und Befristungsgesetz

-
- 13 Verträge für externe Ganztagsmitarbeiter müssen überprüft werden. Pressemitteilung der GEW Niedersachsen vom 14.12.2010: http://www.gew-nds.de/meldungen/PM_14.12.10.php, 17.12.2010
 - 14 ebenda
 - 15 „Althusmann schlechter Dienstherr“, Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag vom 4.2.2011; zum ProReKo-Schulversuch siehe auch: Privatisierungsreport Nr.11, Seite 21ff.
 - 16 dazu und zum Folgenden: Andrea Köster, Tagtäglich: Schule ist mehr als Unterricht. Eine nicht ganz fiktive Schulwoche aus Sicht einer Pädagogischen Mitarbeiterin, veröffentlicht in: BLZ, Zeitung der GEW Bremen, März/April 2010
 - 17 http://www.gew.de/Leiharbeit_GEW-Delegierte_berichten_Parlamentariern.html, 1.3.2011
 - 18 dazu und zum Folgenden: Personalrat Schulen Bremen, Bewerbung Personalräte-Preis 2010, Projekt „Beratung und Unterstützung für prekär beschäftigte MitarbeiterInnen an Schulen“
 - 19 GEW Landesverband Bremen, Gerecht geht anders! Personal- und Betriebsversammlung, Aufruf vom 16.9.2010: http://www.gew-hb.de/Gerecht_geht_anders_-_Personal-_und_Betriebsversammlung.html#Section10681, 22.12.2010
 - 20 Personalrat Schulen Bremen, pr-info vom 24.2.2011
 - 21 Personalrat Schulen Bremen, Bewerbung Personalräte-Preis 2010, Projekt „Beratung und Unterstützung für prekär beschäftigte MitarbeiterInnen an Schulen“

4. Markt für Lehrervermittlung – eine Auswahl

Campuservice GmbH, Frankfurt am Main

Eine Tochtergesellschaft der Frankfurter Goethe-Universität, die nach eigenen Angaben „die Ressourcen der Universität vermarktet“.¹ Nach Recherchen der GEW gehören zu diesen Ressourcen auch arbeitslose Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.² Sie werden von der GmbH als Leiharbeiter in den Unterricht vermittelt. Campuservice unterhält laut GEW Verträge mit sieben der 15 staatlichen Schulämter in Hessen. Seit 2006 seien rund 150 Akademikerinnen und Akademiker zu einem Einsatz im Klassenzimmer gekommen. Aktuell habe die GmbH 46 Wissenschaftler als Lehrkräfte „entliehen“, berichtet das GEW-Mitglieder-magazin „Erziehung und Wissenschaft“.

Unternehmensverbund Stiftung Grone-Schule, Hamburg

Eines der größten privaten Bildungs- und Personaldienstleistungsunternehmen Deutschlands.³

Bundesweit über 80 Standorte, darunter acht Berufsfachschulen. Täglich besuchen 12.500 Menschen die Aus- und Weiterbildungsangebote. Das Stammhaus ist als gemeinnützige Stiftung organisiert, die sich laut Stiftungszweck vorrangig um „sozial benachteiligte Menschen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt“ bemüht.⁴ Die Hamburger Morgenpost berichtet im Februar 2011 von dem Plan der Bildungsbehörde, Schülerinnen und Schüler in Zukunft auch von Hilfslehrerinnen und -lehrern unterrichten zu lassen.⁵ „Diese Kräfte sollen von Trägern wie der Grone-Schule kommen“, so die Morgenpost.

Stadtteil-Schule e.V., Bremen

Der Verein besteht seit 1983.⁶ Zu seinen Aufgaben zählt, neue Arbeitsplätze für Pädagoginnen und Pädagogen zu schaffen. Die Stadtteil-Schule betreibe „illegale Arbeitnehmerüberlassung“ an öffentlichen Schulen, kritisierte die Bremer GEW 2009. Zwei Jahre zuvor, im No-

vember 2007, musste der Bremer Senat einräumen, dass die Stadtteil-Schule 93 Lehrkräfte an Schulen in der Hansestadt beschäftigt. Als Aus-
hilfslehrerinnen und -lehrer, die zumeist sechs Monate und länger tätig
sind. Weitere 84 Frauen und Männer wurden für kurzfristige Vertretun-
gen eingesetzt.

Mitte Februar 2011 gab Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD)
bekannt, dass ihre Behörde ab 1. August diesen Jahres einen Vertre-
tungspool für Lehrkräfte einrichten wird.⁷ Diese erhalten halbe Stellen
und werden nach dem Tarifvertrag der Länder entlohnt. Dieser Pool
wurde mit dem Personalrat Schulen abgestimmt. Lehrkräfte aus dem
Pool kommen künftig bei Vertretungen zum Einsatz, die drei Monate
und länger dauern. Der Stadtteil-Schule, so Jürgens-Pieper, bleibe die
Aufgabe, die kurzfristige Unterrichtsvertretung zu organisieren.

Quellen

- 1 <http://www.campuservice.uni-frankfurt.de/>, 7.2.2011
- 2 dazu und zum Folgenden: Jürgen Amendt, Lehrkraft zu verleihen, in: Erziehung
und Wissenschaft, 2/2011, Seite 26f.
- 3 <http://www.grone.de/#&&TreeView1=s56b2117a-0113-43fa-9217-46e1961f87a7,>
16.2.2011
- 4 <http://www.grone.de/#&&TreeView1=s56b2117a-0113-43fa-9217-46e1961f87a7,>
16.2.2011
- 5 Sandra Schäfer, Riesenärger um die Hilfslehrer, Hamburger Morgenpost, 2.2.2011;
[http://www.mopo.de/hamburg/politik--wirtschaft/riesenaerger-um-die-
hilfslehrer-/5067150/7149470/-/index.html](http://www.mopo.de/hamburg/politik--wirtschaft/riesenaerger-um-die-hilfslehrer-/5067150/7149470/-/index.html), 16.2.2011
- 6 vgl. Privatisierungsreport Nr.9, Seite 29ff.
- 7 Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Bildungssenatorin richtet Vertretungs-
pool für Lehrkräfte ein, Pressemitteilung vom 15.2.2011; [http://www.bildung.bre-
men.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen117.c.22184.de](http://www.bildung.bre-
men.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen117.c.22184.de), 28.2.2011

5. Ehrenamtler und „Coaches“ im Klassenzimmer

5.1 Freiwilliges Soziales Jahr in Hessen

Seit Schuljahr 2008/09 ermöglicht das Land Hessen, junge Leute im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) an Grundschulen und in der Sekundarstufe I einzusetzen.¹ Auch Förderschulen haben die Möglichkeit, FSJler anzuheuern. Pro Schule finanziert das Land jeweils einen Freiwilligen. Den Schulen entstehen keine Kosten, verspricht das Hessische Kultusministerium. Am hessischen FSJ-Programm kann teilnehmen, wer zwischen 15 Jahre und 27 Jahre alt ist und einen Schulabschluss hat.² Wie eine Kleine Anfrage der SPD im Hessischen Landtag ergab, gehören zu den Aufgaben der FSJler:³

- Betreuung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern, sowohl bei den Hausaufgaben als auch „vor und nach dem Unterricht“
- „Mitarbeit im Förderunterricht (Gruppen- oder Einzelbetreuung)“
- „selbstständige Durchführung von Angeboten bzw. Kursen (z.B. im musischen, sportlichen, handwerklichen Bereich)“.

„Mittel- und langfristig soll allen Schulen die Möglichkeit eröffnet werden – durch Verfügung über ein eigenes Schulbudget als selbstständige Schule – eine Freiwillige bzw. einen Freiwilligen an der Schule zu beschäftigen.“⁴

Dorothea Henzler (FDP), hessische Kultusministerin, im Jahr 2010

Das Land Hessen finanzierte das Freiwillige Soziale Jahr an Schulen in den letzten beiden Jahren jeweils mit 2,4 Millionen Euro. Gelder aus dem Landesprogramm „Geld statt Stellen“ seien nicht eingesetzt worden, betont die hessische Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP). Im Schuljahr 2009/10 absolvierten 277 junge Frauen und Männer ihr FSJ an einer hessischen Schule.⁵ Davon waren 112 an Grundschulen tätig. 53 arbeiteten an Gesamtschulen, 54 an Schulen für Lern- und Er-

ziehungshilfe und Förderschulen sowie 17 an Gymnasien. Träger sind unter anderem Diakonisches Werk, Arbeiter-Samariter-Bund, Paritätischer Wohlfahrtsverband und Internationaler Bund (IB).

5.2. Ehrenamtler in Bayern

Auch der Freistaat Bayern weitete sein Ganztagsschul-Angebot in den vergangenen Jahren aus. Doch wie viel zahlt Bayern für das Personal dort? Schauen wir zunächst auf den „offenen Ganztag“, ein Angebot, das Eltern auf Wunsch für ihre Kinder nutzen können.⁶ Für jede Gruppe, die am Ganztagsangebot teilnimmt, erhält eine Hauptschule im Schuljahr 2010/11 den Betrag von 26.500 Euro. Eine Realschule, Wirtschaftsschule oder ein Gymnasium bekommt 23.000 Euro. Wobei eine Gruppe aus mindestens 14 und höchstens 25 Schülern besteht. Das ergibt für eine Hauptschule 2.650 Euro pro Monat und Gruppe. Für eine Realschule, Wirtschaftsschule oder ein Gymnasium sind es 2.300 Euro pro Monat und Gruppe.

„Über 23 Millionen Menschen in Deutschland haben ein Ehrenamt.... Sie arbeiten freiwillig und ohne Lohn für das Gemeinwohl, zum Beispiel als Helfer in Kindergärten, Schulen....“⁷

Bundesministerium der Finanzen, Ehrensache – Wie der Staat bürgerschaftliches Engagement fördert, Arbeitsblatt ab Klasse 10, Mai 2008

Und wer arbeitet im „offenen Ganztag“? „Das bayerische Modell der offenen Ganztagschule baut... auf die Hauptgruppe externes Personal“. So das bayerische Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB).⁸

In Frage kommen laut ISB:

- Sozialpädagogen und Erzieher
- Übungsleiter
- Künstler, Musiker
- Vertreter der Jugendarbeit, Leiter von Jugendgruppen
- Experten aus der Wirtschaft
- Medienexperten.

Betriebsräte oder Gewerkschaftsvertreter nennt das in München beheimatete Staatsinstitut nicht. Ausdrücklich verweist das ISB stattdessen auf die ehrenamtlichen Kräfte, die bereits an vielen Schulen im Ganztagsbetrieb tätig sind. „Eltern und Senioren sehen dies als Chance, gesellschaftliches Engagement zu zeigen“ und „Verantwortung für die Bildung von jungen Leuten zu übernehmen“, so das ISB. Die Ehrenamtler könnten zum Beispiel „im Bereich der Mittagsverpflegung“ eingesetzt werden. Oder „für Zusatzangebote (z.B. Lesepatent)“. Grundsätzlich gelte aber an offenen Ganztagschulen im Freistaat: „Die Angebote müssen von einer Lehrkraft oder sonstigen pädagogischen Fachkraft ... geleitet werden.“

Und was ist mit gebundenem Ganztag, wenn das Nachmittagsangebot für die Schülerinnen und Schüler verbindlich ist? Der Freistaat Bayern hat entschieden, jeder Schule pro Ganztagsklasse zwölf zusätzliche Lehrerwochenstunden zuzuweisen.⁹ Außerdem 6.000 Euro für externe Kräfte pro Klasse und Jahr. Macht 500 Euro pro Klasse und Monat.

Externe Kräfte, das sind auch hier Sozialpädagoginnen, Erzieherinnen und Fachleute aus den Bereichen Musik, Kunst, Medien oder Jugendhilfe.¹⁰ „Auch Eltern und ehrenamtliche Kräfte können ... eingesetzt werden“, heißt es beim ISB. „Zu denken wäre auch an Praktikanten“, etwa „Pädagogik- und Lehramtsstudenten“.

5.3 Elternmitarbeit in NRW

Hagen in Westfalen, Fritz-Steinhoff-Gesamtschule (FSG). „Die sinnvolle Gestaltung des Ganztags“ sei hier „ohne die Mitarbeit vieler Eltern überhaupt nicht mehr denkbar.“¹¹ Das berichtet die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) auf ihrer Webseite ganzaeigig-lernen.org.

An der FSG lernen 1.400 Mädchen und Jungen. Elternmitarbeit habe eine lange Tradition. Seit 2004 bietet die Schule etwa ergänzend zum Unterricht „Zertifikatskurse“ an.¹² Mädchen und Jungen der fünften Klassen lernen hier zum Beispiel, wie man am PC Texte schreibt. Im Laborkurs, ergänzend zum naturwissenschaftlichen Unterricht, haben Sechstklässler die Möglichkeit, den „Laborbrennerführerschein“ zu machen. Es gibt auch Kurse zu den Themen Ton-Plastik, Metall, Holz oder Percussion.¹³ Jeweils zehn Kurse pro Jahrgang werden von einer Lehrkraft geleitet. Vier Kurse pro Jahrgang übernehmen die Elternteams. „Eltern leiten diese Kurse und vergeben nach Abschluss des Kurses Zertifikate“, meldet ganzaeigig-lernen.org. Jeder Kurs dauert acht Wochen. „Durch die hohe Elternbeteiligung ... können diese Kurse in halber Klassenstärke durchgeführt werden“. Väter und Mütter engagieren sich an der Fritz-Steinhoff-Gesamtschule auch in der schuleigenen Leseförderung. Sie bieten „Sprach-, Lese- und Schreibspiele in Gruppen mit jeweils 14 Kindern“, ist auf der schuleigenen Homepage zu lesen.¹⁴

5.4 „SchulCoaches“ des Vereins BildungsCent e.V. in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg oder Niedersachsen

„SchulCoaches sind externe Fachkräfte, die der BildungsCent e.V. den ... Schulen für einen Zeitraum von circa vier Monaten zur Verfügung stellt.“¹⁵ So definiert der Berliner Verein sein Angebot.¹⁶ Es handele sich um „Impulsgeber“, die gemeinsam mit Schülern, Eltern und Lehrern

„innovative und qualitätsverbessernde Projekte“ anschieben. Sie arbeiteten „hauptsächlich im unterrichtsergänzenden Bereich.“¹⁷ Der Einsatz der SchulCoaches ist für die Schulen kostenlos – „dank der fruchtbaren Kooperation“ mit Edeka Nord und Save the Children, einem Ableger der in den USA beheimateten Kinderhilfsorganisation. Die SchulCoaches erhalten eine Aufwandsentschädigung; im Schuljahr 2009/10 gab es für 10 bis 15 Arbeitsstunden in der Woche 400 Euro monatlich.¹⁸

BildungsCent entstand 2003 auf Betreiben von Herlitz, einem Papier- und Schreibwarenhersteller. Der als gemeinnützig anerkannte Verein wird vom Bundesumweltministerium unterstützt, aber auch von Unternehmen wie Deutsche Bank, Berlin-Chemie und KPMG.

Die SchulCoaches arbeiten derzeit für folgende Programme:

- „Schule in Bewegung“. Ziel ist, für mehr Bewegung und gesündere Ernährung zu sorgen. Darum kümmern sich im laufenden Schuljahr sieben Coaches, die an 13 Schulen arbeiten, etwa in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen.¹⁹ Zu ihnen zählen eine Ernährungsberaterin, eine Personalreferentin und eine Diplom-Psychologin.²⁰
- „Mitwirkung in Sicht“. Das Programm zielt darauf, „Partizipation im Schulalltag zu etablieren“.²¹ Mädchen und Jungen sollen Schule als Ort erfahren, „an dem Verantwortungsübernahme gefördert wird und weltoffen, fehlertolerant, respektvoll wie gerecht miteinander umgegangen wird“. Derzeit sind Coaches an neun Schulen in sechs Bundesländern aktiv. BildungsCent ließ „Mitwirkung in Sicht“ im Schuljahr 2009/10 evaluieren.²²

Blick in die USA: Die „Bürgerlehrer“ kommen

„Wir alle sind Experten: In unserem Beruf, im Labor, im Garten. Als Bürgerlehrer teilst Du Dein Wissen mit Mittelschülern in armen Wohnvierteln ...“²³ Jeder kann unterrichten! Diese Botschaft vermittelt Citizen Schools, ein nicht-kommerzielles US-Unternehmen. Die Organisation schickt Freiwillige nach einer Kurzausbildung zu 10-Wochen-Einsätzen in die amerikanischen Klassenzimmer. Dort lehren sie nach Schulschluss jeweils drei Stunden, an einem Tag pro Woche. Die Architektin, die Werbefachfrau, der Computerprogrammierer, der Ingenieur, sie alle sollen ihr Wissen weitergeben. „Der verlängerte Lerntag“ sei das Ziel, so Citizen Schools.

„Was Schüler brauchen, ist mehr Aufmerksamkeit, Liebe, Unterricht und Führung durch mehr Erwachsene“, erklärt Eric Schwarz, Mitgründer der in Boston beheimateten Bildungsorganisation.²⁴ Dies, so Harvard-Absolvent Schwarz, sei wichtiger als „irgendein neues Curriculum, eine neue Geldquelle oder ein neuer Managementplan“. Zur Begründung verweist Eric Schwarz auf zwei Evaluationen, die große Erfolge melden. So sollen Bürgerlehrer am Einsatzort die Schulschwänzer-Quote um mehr als 30 Prozent senken. Die Lernerfolge in Mathe, Naturwissenschaften und Englisch würden steigen.

Eric Schwarz weiß genau, wie der perfekte Schultag aussehen müsste: Fünf Stunden Unterricht durch ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Dann zwei bis drei Stunden durch „teaching fellows“, also Nachwuchslehrkräfte oder Seiteneinsteiger. Und schließlich zwei weitere Stunden, gehalten von Bürgerlehrern und ähnlichen Freiwilligen.

Seit der Gründung 1995 arbeiteten mehr als 10.000 Freiwillige für Citizen Schools, heute ist die Organisation in sieben US-Bundesstaaten aktiv. Unterstützt wird sie durch die Bank of America, die Investmentfirma Fidelity und Google.²⁵

Quellen

- 1 Hessisches Kultusministerium: Freiwilliges Soziales Jahr an hessischen Schulen: http://www.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=d593c4bfe6f725a21a92e7a5e8e5605b, 16.12.2010
- 2 <http://www.fsj-hessen.de/ca/j/dlh/>, 24.3.2011
- 3 Kleine Anfrage des Abgeordneten Gremmels (SPD) im Hessischen Landtag vom 2.3.2010 und Antwort der Kultusministerin, Drucksache 18/1999 vom 12.4.2010
- 4 ebenda
- 5 ebenda
- 6 zum Folgenden: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München, Offene Ganztagsschulen in Bayern, München 2010, Seite 18, zum Herunterladen unter: <http://www.isb.bayern.de/isb/index.asp?MNav=0&QNav=5&TNav=1&INav=0&Pub=1397>; 24.3.2011
- 7 Bundesfinanzministerium, Arbeitsblatt: Mai 2008 „Ehrensache – wie der Staat bürgerschaftliches Engagement fördert“: http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_54004/DE/Buergerinnen_und_Buerger/Schule_und_Bildung/Arbeitsblaetter/024_Arbeitsblatt_Mai_2008_Engagement.html?__nnn=true
- 8 <http://www.ganztagsschulen.bayern.de/index.php?Seite=927&PHPSESSID=200d8430e8ccd8faf95f63d3ffa94193>, 17.12.2010
- 9 Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München, Gebundene Ganztagsschulen in Bayern, München 2010 Seite 13, zum Herunterladen unter: <http://www.isb.bayern.de/isb/index.asp?MNav=0&QNav=5&TNav=1&INav=0&Pub=964>; 24.3.2011
- 10 Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München, Gebundene Ganztagsschulen in Bayern, München 2010 Seite 29, zum Herunterladen unter: <http://www.isb.bayern.de/isb/index.asp?MNav=0&QNav=5&TNav=1&INav=0&Pub=964,-;> 24.3.2011
- 11 <http://www.ganztaegig-lernen.org/www/web229.aspx>, 17.12.2010

-
- 12 http://www.fsg.hagen.de/Ganztag/ZK/ZK_LehrerInnen_und_Eltern.htm,
17.12.2010
 - 13 Die Beispiele beziehen sich auf das Schuljahr 2008/09.
 - 14 <http://www.fsg.hagen.de/Ganztag/Elternmitarbeit/Lesefoerderung.htm>,
17.12.2010
 - 15 <http://www.bildungsent.de/bildungsent-ev/schulcoachr/>, 1.2.2011
 - 16 siehe Privatisierungsreport Nr. 9, Seite 16f.
 - 17 <http://www.bildungsent.de/bildungsent-ev/schulcoachr/>, 1.2.2011
 - 18 siehe Privatisierungsreport Nr.9, Seite 18
 - 19 <http://www.bildungsent.de/programme/schule-in-bewegung/aus-dem-programm/>,
1.2.2011
 - 20 <http://www.bildungsent.de/programme/schule-in-bewegung/die-schulcoaches/>,
1.2.2011
 - 21 <http://www.bildungsent.de/programme/mitwirkung-in-sicht/>, 24.3.2011
 - 22 Evaluationsbericht zum Herunterladen unter: <http://www.bildungsent.de/programme/mitwirkung-in-sicht/aus-dem-programm/>, 1.2.2011
 - 23 <http://www.citizenschools.org/volunteer/how-it-works/>, 16.2.2011
 - 24 Eric Schwarz, Calling All Citizens, in: Karl Weber (Editor), Waiting for Superman. How we can save America's failing public schools, Seite 105ff., New York City, 2010
 - 25 <http://www.citizenschools.org/corporate-investors/>, 16.2.2011

6. Ein Schulbesuch in Berlin-

Schöneberg –

Beschäftigte von privaten Trägern im Ganzttag

Mittags, im Freizeitraum der Berliner Gustav-Langenscheidt-Schule. „Wir chillen“, sagt Mohamed, 13 Jahre alt. Er flectzt mit seinem Kumpel Selcuk auf einem schwarzen Sessel. Rund 30 Mädchen und Jungen befinden sich im Raum. Sie lachen und schwatzen, einige spielen Uno oder Monopoly. Es ist laut. Der Uhrzeiger rückt auf 14 Uhr. Gleich beginnt WPU. Wahlpflichtunterricht. „Ali, da liegt noch ein Rucksack. Weißt Du, wem der gehört?“ Anja Henatsch, Sozialpädagogin, 40 Jahre, wacht darüber, dass die Schülerinnen und Schüler den Freizeitraum aufgeräumt zurücklassen.

Zu Besuch in der Gustav-Langenscheidt-Schule, einer integrierten Haupt- und Realschule im Stadtteil Schöneberg.¹ In dem massigen Backsteinbau, erbaut vor 110 Jahren, lernen gut 300 Kinder und Jugendliche. „Zwischen 60 und 80 Prozent haben Migrationshintergrund“, sagt Schulleiterin Ruth Jordan. Welche externen Fachkräfte an der Schule arbeiten? Da gibt es den „JobCoach“, getragen vom Verein Modul e.V. Der JobCoach begleitet Schüler während der letzten beiden Schuljahre und hilft ihnen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Jeden Montag sei der Coach von acht bis 16 Uhr an der Schule, erzählt die 55jährige Pädagogin. Und das seit Jahren. Er arbeite „ausgesprochen erfolgreich“. Doch leider laufe die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds zum Ende des Schuljahres aus. Eine Fortsetzung, so Ruth Jordan, werde daran scheitern, „dass wir keine Mittel bekommen – leider, leider.“ Seit 2006 besteht zudem eine Stelle für Schulsozialarbeit, die sich zwei Fachkräfte teilen. Träger ist der Verein Familienarbeit und Beratung (FAB) e.V. Auch diese Stelle wird vom Europäischen Sozialfonds finanziert.

Im September 2010 begann eine neue Ära im Backsteinbau in der Belziger Straße, verbunden mit dem Einsatz weiterer Externer. Denn die Gustav-Langenscheidt-Schule führt schrittweise den gebundenen Ganzttag ein. Den Anfang macht die Jahrgangsstufe 7. Also jene Kinder, die nach der sechsstufigen Berliner Grundschule an die weiterführende

Schule wechselten. Mohamed, Selcuk, Ali und knapp 100 weitere Schülerinnen und Schüler besuchen nun Unterricht und AGs von 8 Uhr bis 15 Uhr 30. „Die Personalausstattung ist ungenügend“, sagt Sozialpädagogin Stefanie Schulz. Sie koordiniert das Ganztagsangebot an der Langenscheidt-Schule. „Uns stehen gerade mal 30 Stunden pro Woche zur Verfügung, für den kompletten Jahrgang“, berichtet die 41jährige. Mehr habe der Berliner Senat für den Ganzttag nicht bewilligt. 30 Stunden, verteilt auf vier Mitarbeiter. Neben Anja Henatsch und Stefanie Schulz arbeitet ein Student auf Honorarbasis. Außerdem eine Köchin, die auch pädagogische Aufgaben übernimmt.

14 Uhr 5. Wir begleiten Sozialpädagogin Anja Henatsch zum nächsten Einsatzort. Ein Raum mit einem Tisch, einer Sitzgruppe, an der Wand hängen Plakate mit Aufschriften wie „Nein zur Gewalt“. „Das ist die Schulstation“, sagt die 40jährige. Sie nimmt hier jene Schüler in Empfang, die nebenan im Unterricht oder den AGs wiederholt gestört haben. Anja Henatsch spricht dann mit ihnen über das Vorgefallene. „Zwischen den Siebtklässlern gibt es ganz viele Machtkämpfe“, erzählt sie. Eine Lehrerin betritt den Raum. Sie will wissen, was die Sozialpädagogin von einem Schüler hält, der durch aggressives Verhalten auffällt. „Der Junge hat wahnsinnige Angst vor Zuhause“, sagt die Lehrerin. „Ich glaube, dass er geschlagen wird.“

Noch läuft der Ganzttag holprig. Für die Mittagspause sei zwar eine Mensa eingebaut worden, erzählt Schulleiterin Ruth Jordan. „Doch die Küche ist immer noch nicht fertig“, erklärt Sie. Zudem müsse der alte Backsteinbau dringend saniert werden. Ruth Jordan zeigt auf die Fenster in der Aula, die aus bunten Glasscheiben zusammengesetzt sind. Etliche Scheiben sind zerbrochen. „Seit einem halben Jahr haben wir keinen Hausmeister“, stöhnt die Schulleiterin. Sie bestätigt, dass die Personaldecke dünn ist. Ganz anders die Lage an der benachbarten Teltow-Grundschule, die von 250 Mädchen und Jungen besucht wird. Sie

begann bereits 2003, den gebundenen Ganzttag einzuführen. „Dort gibt es 25 Erzieherinnen, die beim Land Berlin festgestellt sind“, erklärt Ruth Jordan. Nun ziehen die weiterführenden Berliner Schulen mit Ganztagsangeboten nach. Doch die Mittel sind knapp. Eine Personalausstattung wie an der Teltow-Grundschule für ihre Schule, das sei „nicht finanzierbar“, bedauert Ruth Jordan.

Folglich arbeiten auch Stefanie Schulz und die drei Ganztagsmitarbeiter nicht beim Land Berlin. Sie sind bei einem freien Träger angestellt – beim Nachbarschaftsheim Schöneberg (NBHS), unter dessen Dach ein e.V. und eine gemeinnützige GmbH zusammengefasst sind.² „Ein großer Arbeitgeber“, berichtet Stefanie Schulz. Das Nachbarschaftsheim habe 1.000 Festangestellte „und ebenso viele Ehrenamtliche“. Die Sozialpädagogin, die seit acht Jahren beim NBHS arbeitet, spricht von den Vorteilen eines freien Trägers. Vor allem: „Mehr Flexibilität“. Der Verein beschäftige sogar eigene Handwerker, berichtet sie. „Die kommen noch am selben Tag, wenn es schnell gehen muß“.

Zu den Einsatzgebieten des Nachbarschaftsheim Schöneberg gehören Berliner Kindertagesstätten, Selbsthilfeeinrichtungen und Familienbildungsstätten. Der Verein kümmert sich um Migrantenberatung, Berufsorientierung und Qualifizierungsmaßnahmen. Georg Zinner, der Geschäftsführer des e.V., zeigte sich bereits 1998 als Freund der Privatisierung. Damals veröffentlichte er einen Aufsatz mit dem Titel „Entstaatlichung als Glücksfall.“³ Zinner schreibt: „Heime, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Schulen und zahlreiche soziale und gesundheitliche Dienstleistungen verlangen nach flexiblen, unternehmensgleichen Strukturen.“ Die gebe es im öffentliche Dienst nicht. Und: „Noch jeder Politiker jeder Couleur knickt vor Beamtenbund und Gewerkschaften ein“. So Georg Zinner.

Bei der Berliner GEW kennt man den Sozialkonzern NBHS. „Dieser Verein frisst sich zielstrebig in die öffentlichen Strukturen hinein“, weiß Hans-Jürgen Heusel, GEW-Bezirksvorsitzender in Tempelhof-Schöneberg. „Er wollte sogar schon eine staatliche Grundschule, die der Staat schließen wollte, mit Personal übernehmen“, sagt Heusel. Einen Betriebsrat gebe es dort nicht, berichtet der Gewerkschafter. Der Streit mit widerspenstigen Leuten sei vor etlichen Jahren zugunsten der Geschäftsleitung ausgegangen. „Seitdem“, so Heusel, „herrscht Ruhe.“

Geschäftsführer Georg Zinner bestätigt: Lediglich die gemeinnützige GmbH, zuständig für pflegerische Dienste, hat eine Mitarbeitervertretung. Im e.V., der weit mehr Menschen beschäftigt, gibt es keinen Betriebsrat.⁴ Allerdings bestünden „ausgeprägte Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Bezahlt werde „nahe am TVÖD-Land“, hinzu käme eine betriebliche Altersversorgung. Die Betriebskultur sei „ausgesprochen freundlich und harmonisch“. Von einem Streit zwischen Beschäftigten und Geschäftsführung wisse er nichts, erklärt Zinner. An den Thesen, die er im 1998 veröffentlichte, hält er fest. Der Aufsatz, so Zinner, „beschreibe die Unfähigkeit des Staates, sehr zentrale und alltägliche Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger zu lösen“. Er sei als „Aufruf zu bürgerschaftlichem Engagement“ zu verstehen.

Quellen

- 1 <http://www.r-os.cidsnet.de/>; 22.3.2011
- 2 <http://www.nbhs.de/>; 22.3.2011
- 3 Georg Zinner, Entstaatlichung als Glücksfall, in: Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 5+6/98
- 4 dazu und zum Folgenden: Georg Zinner per E-Mail am 28.3.2011 und am 1.4.2011

7. Notnägel für Benachteiligte

7.1 „Fellows“ der Teach First Deutschland gGmbH

Bessere Bildungschancen für benachteiligte Kinder - das will die Teach First Deutschland gemeinnützige GmbH erreichen.¹ Die Initiative mit Sitz in Berlin schickt dazu seit 2009 „Fellows“ für zwei Jahre in Vollzeit an Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen. Sie „unterstützen im Unterricht, geben Gruppen- und Einzelförderung und schaffen zusätzliche Angebote am Nachmittag“. So heißt es auf der Webseite der Berliner Organisation. Die Fellows engagieren sich etwa in den Bereichen „Berufswahlkurse, Hausaufgabenbetreuung und Schülerfirmen.“

Als Fellow kann sich bewerben, wer einen Hochschulabschluss besitzt sowie „fachlich und persönlich herausragend“ ist. Das Studienfach spielt keine Rolle. Wer angenommen wurde, absolviert eine Kurzausbildung:² Eine Woche Schulpraktikum. Dann sechswöchige Ausbildung auf dem „Teach First Deutschland Online Campus“. Anschließend sechs Wochen „praxisorientierte Sommerakademie mit Seminaren und praktischen Übungen“, wie die Homepage erläutert. Während des Einsatzes werden die Teach-First-Teilnehmer betreut und geschult. „Unsere Fellows sind keine Lehrerinnen und Lehrer“, betont die Initiative. Sie sollten Pädagogen nicht ersetzen, sondern würden zusätzlich eingesetzt. Derzeit arbeiten etwa 100 von Ihnen an Schulen, in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Ein aktuelles Gutachten, erstellt im Auftrag von Teach First an der Universität Bielefeld, kommt zum Ergebnis: „Fellows sind eine große Hilfe für Schulen“.³ In NRW begleitet ein Beirat das Projekt, in dem auch der nordrhein-westfälische Landesverband der GEW mitarbeitet.⁴ Zum Aufsichtsrat von Teach First Deutschland gehört unter anderem Monika Wulf-Mathies, die ehemalige Chefin der ÖTV.⁵

„McKinsey & Company unterstützt Teach First Deutschland seit dem Start konzeptionell und organisatorisch, ebenso wie die Schwesterinitiativen Teach First in Großbritannien und Teach for America in den USA.“⁶

Homepage von Teach First Deutschland

Gründerin und Geschäftsführerin von Teach First ist Kaija Landsberg, Absolventin der privaten Hertie School of Governance.⁷ Zur Geschäftsführung gehört Mortimer Freiherr von Plettenberg, zuvor unter anderem bei McKinsey tätig. Außerdem Arist von Hehn, ebenfalls ein Ex-McKinsey-Mann.⁸ Hehn ist Rechtsanwalt und, laut Homepage der Baltischen Ritterschaften, Mitglied im Beirat der Livländischen Ritterschaft.⁹

Die Liste der Teach-First-Förderer enthält prominente Firmennamen. Die Deutsche Post DHL zählt dazu, ebenso Henkel, Lufthansa, Metro und der Leverkusener Chemiekonzern Lanxess.¹⁰ Viele Unternehmen interessieren sich für die Teach-First-Fellows, bieten lukrative Jobs.¹¹ Die Firmen „erhalten Nachwuchskräfte, die bereits eine strenge Auswahl bei Teach First durchlaufen haben“, erklärt Matthias Jähne von der Berliner GEW.¹² Sie sparten dadurch, so der Gewerkschafter, auch „die Kosten für teure Trainee-Programme in Kommunikation und Sozialkompetenz für ihre Nachwuchskräfte.“ Das Chemieunternehmen Lanxess ließ verlauten, dass man vor allem nach Teach-First-Teilnehmern schaue, „die ihren Schwerpunkt auf MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gelegt haben.“¹³

Zu den Freunden und Gönnern der Initiative gehören ferner die Robert-Bosch-Stiftung, die Vodafone-Stiftung, die Haniel-Stiftung und die RAG-Stiftung. Die Firmen- und Stiftungspartner tragen die Kosten für Anwerbung, Training oder Betreuung der Fellows. Was die Hilfslehrer

„Durch die von Lanxess unterstützten Fellows soll das Interesse benachteiligter Schülerinnen und Schüler für die Naturwissenschaften geweckt ... werden“¹⁴

Zhengrong Liu, Personalchef der Lanxess AG, am 9.9.2010

während ihres Einsatzes verdienen, finanziert jedoch die öffentliche Hand. Ein Fellow erhält monatlich rund 1.700 Euro brutto, bezahlt vom jeweiligen Bundesland. Das sind gut 500 Euro brutto mehr, als beispielsweise ein Referendar in Hessen erhält.¹⁵

Ein Umstand, der beim GEW-Landesverband Berlin für Empörung sorgt. Denn das Land Berlin bezahlt die Fellows aus dem Topf für Vertretungsmittel.¹⁶ Der sei nun leer, kritisiert die GEW Berlin im Juli 2010.¹⁷ Und die Berliner Schulen klagen über dramatische personelle Engpässe. Da räche sich jetzt, dass die Senatsverwaltung für Bildung in den letzten zwei Jahren „knapp zwei Millionen für das Teach-First-Programm verballert hat“. So der Vorwurf von Rose-Marie Seggelke, ehemalige Vorsitzende der GEW Berlin. „Das Geld ist weg und hat den Berliner Schulen keine einzige Stunde Unterricht eingebracht.“ Seggelke fordert die Senatsverwaltung auf, das Teach-First-Programm „sofort zu stoppen“. An Berliner Schulen fehlen mindestens 200 Lehrkräfte, erklärten Berliner Schulleiterinnen und -leiter bereits im März 2010.¹⁸ Für eine Million Euro im Jahr könnte Berlin 20 neue Lehrkräfte einstellen, mit voller Unterrichtsverpflichtung, rechnete die GEW bereits im Jahr 2008 vor.¹⁹

Das Land Berlin überweist Teach First derzeit pro Fellow monatlich 2.227,18 Euro.²⁰ Dies seien die Kosten für Lohn und Verwaltung, antwortet die Berliner Senatsverwaltung für Bildung auf eine Kleine Anfrage der Linken im Abgeordnetenhaus. Die Senatsverwaltung berichtet ferner, dass die Fellows auch zu „kurzfristigen Vertretungszwecken“ ein-

gesetzt werden. „Allerdings höchstens bis zu 15 Unterrichtsstunden in der Woche.“ Im laufenden Schuljahr arbeiten 30 Teach-First-Hilfslehrer an Berliner Schulen. Laut Senatsverwaltung sind die Personalräte beteiligt, wenn es um die Eingliederung der Fellows geht. In fünf Fällen, die vier Schulen betreffen, seien diese Beteiligungsverfahren noch nicht abgeschlossen, hieß es im September 2010.

Im Jahr 2009 startete Teach First auch in NRW. Das Land stellte für die ersten beiden Jahre zwei Millionen Euro bereit, berichtet wdr.de.²¹ Ein halbes Jahr nach dem Startschuss lobte die damalige NRW-Schulministerin Barbara Sommer (CDU) die Arbeit der 28 Fellows.²² Deren Finanzierung erfolge aber nicht zu Lasten des Unterrichts, betont Michael Schulte, Geschäftsführer der GEW NRW.²³ Das Schulministerium Baden-Württembergs meldet: Man bezahle die derzeit 16 Hilfslehrer der Berliner Initiative aus dem Topf für Pädagogische Assistenten.²⁴ Diese kümmern sich in Baden-Württemberg um Einzelförderung, leiten Arbeitsgemeinschaften oder managen die Hausaufgabenbetreuung. In der thüringischen Universitätsstadt Jena sind zwei Teach-First-Fellows an einer städtischen Schule tätig. Sie werden aus dem Schulkortbudget bezahlt, das vom Land finanziert wird, teilt die Jenaer Stadtverwaltung mit.²⁵ An Hamburger Schulen arbeiten derzeit 20 Fellows, finanziert „aus dem Kontenrahmen Dienstbezüge des Lehrstellenplan“, berichtet die Hamburger Schulbehörde.²⁶ Also zu Lasten des Lehrkräfte-Haushalts. „Einstieg in die Privatisierung von Schulen aus Steuermitteln“, schimpft Klaus Bullan, Vorsitzender der Hamburger GEW.

Inzwischen strebt auch das Hessische Kultusministerium die Kooperation mit Teach First an.²⁷ Christoph Baumann vom hessischen GEW-Landesvorstand hält davon gar nichts. Das Land plane, deren Gehälter aus den Budgets der Schulen zu finanzieren, so Baumann. „Bezahlen sollen also die Schulen, die für ihre Arbeit mit benachteiligten Kindern

und Jugendlichen ohnehin viel zu wenig materielle und personelle Unterstützung erhalten“, kritisiert der Gewerkschafter. Das widerspreche doch auch dem selbstgesteckten Anspruch von Teach First, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, findet Christoph Baumann.

Das Konzept von Teach First kommt aus den USA. Dort arbeitet Teach for America (TFA) seit mehr als zwanzig Jahren – und erntet ein höchst gemischtes Echo. Die Initiative spricht Akademikerinnen und Akademiker an, die sich sonst niemals für Bildung interessiert hätten. Eine Bereicherung für die Schulen. Sagen die Befürworter. Harte Vorwürfe hingegen formuliert John Wilson von der US-Lehrergewerkschaft National Education Association:²⁸ „TFA schädigt Kinder, indem sie wenig vorbereitete und unerfahrene Lehrer in Brennpunktschulen bringt ...“ Und: „Man kann sich ihrem Geschäftsmodell nicht entziehen. Aber was sie armen Kindern antun, ist ein Vergehen.“ Allein in Baltimore starteten im Herbst 2009 rund 160 TFA-„teacher“. Das entsprach einem Viertel aller neu eingestellten Lehrkräfte, berichtet die amerikanische Tageszeitung USA Today. Teach for America-Ableger wirken inzwischen auch in England, Peru, Chile, Argentinien, Libanon, Estland, Lettland, Indien oder Australien.²⁹

Teach-First-Chefin Kaija Landsberg bestreitet, dass Fellows in Berlin und Hamburg ausgebildete Lehrkräfte verdrängen. „Sie haben ein anderes Einsatzprofil als Lehrer und können diese schon deshalb nicht verdrängen.“ Davon abgesehen, so die 32-Jährige, „werden Brennpunktschulen wie in Neukölln oder im Wedding nicht gerade von Lehrern überrannt. Diese Schulen haben massive Probleme, ihre üblichen Stellen zu decken“, erklärt die gebürtige Freiburgerin. Das gelte auch für Vertretungen. Die hochmotivierten Fellows seien ein Gewinn für die Schulen. „Die Schule hat die Freiheit zu entscheiden, ob sie an unserem Programm teilnehmen will oder nicht.“ Ähnlich sei die Lage in den USA. Auch dort ließen sich Stellen an Brennpunktschulen häufig nicht

besetzen. „Weil Lehrer in armen Schulbezirken meist schlecht bezahlt werden.“ Im Unterschied zu Deutschland arbeiteten die corps members von Teach for America jedoch als „vollwertige Lehrkräfte“, räumt die 32-Jährige ein. Landsberg erklärt zudem, dass Unternehmen und Stiftungen „keinerlei Einfluss auf unser Programm haben“. Was auch für McKinsey gelte. Zwar gebe es zwei, drei ehemalige McKinsey-Berater unter den rund 25 Beschäftigten in der Berliner Teach-First-Zentrale. Landsberg schmunzelt: „Aber im Vergleich zu den SPD- und GEW-Mitgliedern, die bei uns arbeiten, sind die in der Minderheit“.

7.2. „Bildungslotsen“ an Haupt- und Förderschulen

Weniger Schulabbrüche und mehr Erfolg beim Übergang in Ausbildung und Beruf – darauf zielt die Initiative „Bildungsketten bis zum Abschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).³⁰ Das Ministerium sieht das Projekt auch als Mittel, um den von Unternehmen beklagten Fachkräftemangel zu bekämpfen. Ausgestattet mit 362 Millionen Euro, soll die Initiative ab September 2010 bundesweit an 1.000 Haupt- und Förderschulen realisiert werden. Beteiligt sind neben dem BMBF das Bundesarbeitsministerium, die Bundesagentur für Arbeit und die Bundesländer.³¹ Die wichtigsten Maßnahmen sind:

- „Potenzialanalysen“ von jährlich bis zu 60.000 Schülern ab der 7. Klasse
- die frühzeitige, praxisorientierte Berufsorientierung während der Schulzeit
- der mehrjährige Einsatz von „Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern (Bildungslotsen)“ bei gefährdeten Schülern.

Am 29. November 2010 begannen die ersten 500 „Bildungslotsen“ ihre Arbeit.³² Wie Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) er-

klärte, konnten sich Meister aller Berufsrichtungen sowie Sozialpädagogen mit Berufserfahrung bewerben.³³ Angestellt sind sie bei rund 250 Bildungsträgern, die die Bundesagentur für Arbeit durch Ausschreibungen ausgewählt hat.

Das Bildungsministerium plant, die Zahl der professionellen Lotsen bis 2013 auf 1.000 zu erhöhen. Während der betrieblichen Ausbildungsstunden den Jugendlichen außerdem „bis zu 1.000 ehrenamtliche Expertinnen und Experten zu Seite“, schreibt das BMBF. Die ehrenamtlichen „Bildungslotsen“ im Bereich Ausbildung werden vom Senior Experten Service (SES) gestellt.

Der SES vermittelt Ruheständler, die zuvor in technischen, handwerklichen, kaufmännischen, medizinischen oder sozialen Berufen gearbeitet haben.³⁴ SES-Experten erhalten eine Aufwandsentschädigung, sie arbeiten im In- und Ausland. „In der Regel sind Sie drei bis sechs Wochen am Einsatzort, maximal aber ein halbes Jahr“, heißt es auf den SES-Webseiten. 48 Prozent aller Einsätze fanden bislang im Bereich Industrie statt.³⁵ Ehrenamtliche Jobs im Bildungswesen machen 13 Prozent der Einsätze aus. Die gemeinnützige SES GmbH in Bonn wird seit 2003 von der SES-Stiftung getragen. Stifter sind die Arbeitgeberverbände Bundesverband der Deutschen Industrie, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Deutscher Industrie- und Handelskammertag sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH).

Bereits 2008 startete der SES gemeinsam mit Arbeitgeberorganisationen die Initiative Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (VerA). SES-Ehrenamtler begleiten die jungen Frauen und Männer während der Ausbildungszeit. Sie „beantworten fachliche Fragen, begleiten Übungen für die Berufspraxis, unterstützen die Vorbereitung auf Prüfungen,

kümmern sich um den Ausgleich sprachlicher Defizite“.³⁶ Eine VerA-Begleitung läuft über zwölf Monate, „kann aber bis zum Abschluss der Lehre verlängert werden“.³⁷ Sie „ist für den Auszubildenden und den Ausbildungsbetrieb kostenlos“. So die SES-Homepage. Das BMBF fördert VerA über sein Projekt „Jobstarter“.³⁸

Kritik kommt etwa von der Partei Die Linke. „Mit den Bildungslotsen doktert Ministerin Schavan hilflos an den Symptomen des sozial ausgrenzenden deutschen Bildungssystems herum“.³⁹ So Rosemarie Hein, bildungspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. Sie fordert „längeres gemeinsames Lernen, das allen Schülerinnen und Schülern zu besseren Bildungserfolgen verhilft.“ Hilfreich sei auch eine bessere Berufsorientierung an den Schulen. „Und natürlich müssen genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden“, betont die Parlamentarierin.

7.3 „Bildungspaten“ für Kinder aus Migrantenfamilien

Auch die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer (CDU), setzt auf nicht-schulische Kräfte, um Defizite des Bildungswesens zu bekämpfen.⁴⁰ Ehrenamtliche „Bildungspaten“ sollen Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien helfen, mit den Hausaufgaben klar zu kommen. Oder sie unterstützen, einen Ausbildungsplatz zu finden. „Eine sehr verantwortungsvolle, zugleich aber erfüllende Aufgabe“, warb Böhmer anlässlich des internationalen Tags des Ehrenamts am 5. Dezember 2009. Sie verweist auf die Webseite „aktion-zusammen-wachsen.de“⁴¹. Dort ist unter anderem ein Leitfaden zu finden – „zur Gründung von Patenschafts- und Mentoringprojekten.“ Eine Projektdatenbank informiert, welche Initiativen bereits bestehen. Beispiel Nordrhein-Westfalen: „Ausbildungspaten“ vermittelt etwa das Freiwilligenzentrum Düren e.V., die Bürgerstiftung Westmünsterland oder das Centrum für bürgerschaftliches Engagement e.V. in Mülheim

an der Ruhr.⁴² Als Anlaufstellen in Berlin werden genannt: Das Bürger-
netzwerk Bildung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller e.V.
oder die Initiative „Mentoren begleiten Migranten“ der Arbeiterwohl-
fahrt.⁴³

Quellen

- 1 <http://www.teachfirst.de/programm>, 5.1.2011
- 2 <http://www.teachfirst.de/absolventen/fellowsein>, 5.1.2011
- 3 Rainer Dollase, Evaluation des Einsatzes der Teach First Deutschland Fellows, Schlussbericht Februar 2011, Bielefeld und Steinhagen, 27.2.2011, Seite 5
- 4 Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW, „Der Start ist außerordentlich gut gelungen“, Pressemitteilung vom 26.2.2010; http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Meldungen/Archiv/LP14/PM_2010_archiviert/pm_26_02_2010.html, 7.1.2011
- 5 Telefonische Auskunft von Josefine Bachmann, Teach First Deutschland, am 28.3.2011
- 6 <http://www.teachfirst.de/investoren>, 7.1.2011
- 7 <http://www.teachfirst.de/team>, 5.1.2011
- 8 <http://www.stiftung-nv.de/THINK-TANK/Themenschwerpunkte/Personen/138862,1031,138706,-1,140886,0,-1,0,0,0,-1,-1,-1.aspx>, 7.1.2011
- 9 http://www.baltische-ritterschaften.de/Ritterschaften/Livland/livland_beirat.htm, 5.1.2011
- 10 Lanxess Deutschland GmbH, Lanxess ist neuer Hauptförderer von Teach First Deutschland, Pressemitteilung vom 9.9.2010; [http://corporate.lanxess.de/de/presse/98/detail/16559/?tx_editfiltersystem_pi1\[news_category\]=49&tx_editfiltersystem_pi1\[news_date_start\]=9.2009&tx_editfiltersystem_pi1\[news_date_end\]=9.2010](http://corporate.lanxess.de/de/presse/98/detail/16559/?tx_editfiltersystem_pi1[news_category]=49&tx_editfiltersystem_pi1[news_date_start]=9.2009&tx_editfiltersystem_pi1[news_date_end]=9.2010), 6.2.2011
- 11 <http://www.teachfirst.de/absolventen/fragen>, 28.3.2011
- 12 Matthias Jähne, Teach First oder „Mein erstes Mal“, in: blz, Nr. 12/2008: <http://www.gew-berlin.de/blz/18091.htm>, 6.1.2011
- 13 Lanxess Deutschland GmbH, Lanxess ist neuer Hauptförderer von Teach First Deutschland, Pressemitteilung vom 9.9.2010

-
- 14 Lanxess Deutschland GmbH, Lanxess ist neuer Hauptförderer von Teach First Deutschland, Pressemitteilung vom 9.9.2010
 - 15 Ein 27-jähriger Referendar mit HR-Lehramt, ledig, ohne Kind, verdient monatlich 1.166,81 Euro brutto. So Christoph Baumann vom hessischen GEW-Landesvorstand. Vgl. Christoph Baumann, Teach First auch in Hessen?, in: HLZ 5/2010
 - 16 Kleine Anfrage des Abgeordneten Steffen Zillich (Die Linke) und Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung vom 17.9.2010, Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 16/14695
 - 17 GEW Berlin, Überraschung: Der Topf für Vertretungsmittel ist leer, Presseerklärung vom 6.7.2010: <http://www.gew-berlin.de/20979.htm>, 6.1.2011
 - 18 Vereinigung der Berliner Schulleiter/innen in der GEW, Mindestens 200 Lehrkräfte fehlen, Presseerklärung vom 19.3.2010, <http://www.gew-berlin.de/20293.htm>, 6.1.2011
 - 19 Matthias Jähne, Teach First oder „Mein erstes Mal“, in: blz, Nr. 12/2008: <http://www.gew-berlin.de/blz/18091.htm>, 6.1.2011
 - 20 dazu und zum Folgenden: Kleine Anfrage des Abgeordneten Steffen Zillich (Die Linke) und Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung vom 17.9.2010, Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 16/14695
 - 21 Nina Magoley, Zwei Jahre an die Brennpunktschule, wdr.de, 15.5.2009
 - 22 <http://bildungsklick.de/pm/72255/schulministerin-barbara-sommer-trifft-die-aktiven-von-teach-first-deutschland-in-nordrhein-westfalen/>, 28.3.2011
 - 23 Michael Schulte per E-Mail am 9.2.2011
 - 24 E-Mail von Christine Sattler, Pressestelle der Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, am 14.2.2011
 - 25 E-Mail von Barbara Glasser, Pressesprecherin der Stadt Jena, am 23.2.2011
 - 26 E-Mail von Jasmin Eisenhut, Pressesprecherin der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung, am 20.2.2011
 - 27 dazu und zum Folgenden: Christoph Baumann, Teach First auch in Hessen?, in: HLZ 5/2010
 - 28 Greg Toppo, Teach for America: Elite corps or costing older teachers jobs?“, in: USA Today, 29.7.2009; vgl. auch: Linda Darling-Hammond et al, Does Teacher Preparation Matter?, in: Education Policy Analysis Archives 13, no. 42, 12. Oktober 2005

-
- 29 <http://teachfirstdeutschland.wordpress.com/2009/11/11/teach-first-deutschlands-10-sister-organisations-meet-in-berlin/>, 4.2.2011
- 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung, Mit Bildungsketten bis zum Abschluss kommen, Pressemitteilung vom 6.9.2010:
http://www.bmbf.de/_dpsearch/highlight/searchresult.php?URL=http://www.bmbf.de/press/2931.php&QUERY=Bildungslotsen, 21.12.2010
- 31 Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bildungslotsen gehen an den Start, Pressemitteilung vom 29.11.2010: http://www.bmbf.de/_dpsearch/highlight/searchresult.php?URL=http://www.bmbf.de/press/3002.php&QUERY=Bildungslotsen, 21.12.2010
- 32 ebenda
- 33 Bundesministerium für Bildung und Forschung, Mit Bildungsketten bis zum Abschluss kommen, Pressemitteilung vom 6.9.2010:
http://www.bmbf.de/_dpsearch/highlight/searchresult.php?URL=http://www.bmbf.de/press/2931.php&QUERY=Bildungslotsen, 21.12.2010
- 34 <http://www.ses-bonn.de/>, 21.12.2010
- 35 <http://www.ses-bonn.de/senior-experten/werden-sie-senior-experte.html>, 21.12.2010
- 36 <http://www.ses-bonn.de/was-tun-wir/vera/was-ist-vera.html>, 21.12.2010
- 37 ebenda
- 38 siehe Privatisierungsreport Nr.11, Seite 52ff.
- 39 Die Linke im Bundestag. Bildungslotsen doktern an Symptomen herum, Pressemitteilung vom 6.9.2010: <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/bildungslotsen-doktern-symptomen-herum/>, 22.12.2010
- 40 Staatsministerin Maria Böhmer: „Bildungspaten geben jungen Migranten bessere Startchancen“, Pressemitteilung vom 4.12.2009:
http://www.bundesregierung.de/nn_924486/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/12/2009-12-04-boehmer-bildungspaten.html, 22.12.2010
- 41 <http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/>, 22.12.2010
- 42 http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/index.php?atlas_blnD=Nordrhein-Westfalen&atlas_plz=&atlas_spunkt=2&projekt=&id=70, 22.12.2010
- 43 http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/index.php?atlas_blnD=Berlin&atlas_plz=&atlas_spunkt=2&projekt=&id=70, 22.12.2010



8. Schleifung der politisch-ökonomischen Bildung

8.1 Unternehmensvertreter unterrichten Wirtschaft

Viele Unternehmen schicken regelmäßig Mitarbeiter in die Klassenzimmer, um dort zu Wirtschaftsthemen zu sprechen. So startete die Deutsche Bank, gemeinsam mit der Deutsche Bank-Stiftung, bereits im Jahr 2005 ihre Initiative „Finanzielle Allgemeinbildung“.¹ Seither informiert das Geldinstitut über Girokonten oder behandelt das politisch brisante Thema Altersvorsorge. Die Großbank will das Projekt ausweiten. Bislang seien rund 100 Bankmitarbeiter als „Corporate Volunteers“ unterwegs, hieß es im Jahr 2010. „Nach dem jüngsten Aufruf“ hätten sich „rund 1.200 Mitarbeiter für einen ehrenamtlichen Einsatz als Referent beworben.“ Darüber hinaus, so die Pressemeldung, verankere die Bank „ihr Engagement für die finanzielle Allgemeinbildung jetzt mit Schulpartnerschaften an all ihren 770 Standorten in Deutschland.“

Auch Mitarbeiter der Targobank (ehemals Citibank) besuchen ehrenamtlich Schulen; sie „unterrichten im Bereich Wirtschaft und Finanzen.“² Ein Schülerprojekt, das sich „fit für die wirtschaft“ nennt und seit 2003 existiert. Bislang hätten 37.000 Schülerinnen und Schüler teilgenommen, berichtet die Targobank. „Sie wurden von insgesamt 1.000 ehrenamtlichen Bankmitarbeitern betreut.“ Mit im Boot ist auch die Unternehmensberatung Boston Consulting (BC), ihre Initiative heißt „business@school“. BC schickt eigene Mitarbeiter oder Beschäftigte von Partnerunternehmen in den Unterricht. Dort lehren sie „Unternehmerisches Denken“ und vermitteln die „Realität von Konzernen, Mittelstands- und Kleinunternehmen“.³

Besonders aktiv ist die Verlagsgruppe Handelsblatt. Unter der Überschrift „Chef zu gewinnen“ schickt das Magazin „Handelsblatt Karriere Abi“ regelmäßig sieben Top-Manager großer Unternehmen „in Ihr Klassenzimmer“.⁴ Bewerben kann sich jede Klasse oder jeder Kurs einer zum Abitur führenden Schule. Ähnlich die Initiative „Handelsblatt macht

Schule“. Sie umwirbt Lehrkräfte:⁵ „Wir vermitteln Ihnen Mitarbeiter von renommierten Unternehmen, die Ihre Schule besuchen ... und für eine Doppelstunde Ihren Lehrauftrag übernehmen.“ In diesem Jahr sind Vertreter der Commerzbank beteiligt, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young und der Computerriese Hewlett Packard. Außerdem die Deutsche Vermögensberatung (DVAG), ein von Verbraucherschützern und Wirtschaftsmedien immer wieder kritizierter Finanzdienstleister.⁶

„Vertreter des Unternehmens übernehmen in Kooperation mit den Lehrkräften unter Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler Teile des Unterrichts.“⁷

Auszug aus „Beispiel eines Kooperationsvertrags/Kooperationsvereinbarung“ zwischen Schulen und Unternehmen, herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft Hessen

Für Präsenz von Firmenchefs und leitenden Angestellten im Unterricht sorgen auch die bundesweit weit über 1.000 Lernpartnerschaften, die Schulen mit Unternehmen eingegangen sind.⁸ Hier engagieren sich Banken und *global player* wie HSBC Trinkaus oder Schwarz Pharma.⁹ Aber auch Mittelständler, Handwerksbetriebe und die regionalen Sparkassen sind mit von der Partie. Der Handelsriese Metro (Metro-Großmärkte, Real, Galeria Kaufhof, Media Markt, Saturn) gehört zu den wichtigsten Akteuren. Derzeit unterhält der Metro-Konzern bundesweit 133 Lernpartnerschaften.¹⁰

In Nordrhein-Westfalen kümmert sich zudem der Initiativkreis Ruhr darum, dass Spitzenmanager ihr Knowhow, aber auch ihre Weltansicht den Schülerinnen und Schülern vermitteln können.¹¹ „Dialog mit der Jugend“ heißt das Projekt, das vor gut 13 Jahren begann. Im Zentrum steht jeweils ein dreistündiger Besuch von Mädchen und Jungen in

einem Unternehmen, inklusive Gespräch mit dem Chef. Zum Initiativkreis Ruhr gehören 59 Wirtschaftsunternehmen, darunter E.ON, Aldi, Haniel, HDI-Gerling Versicherungen und Deutsche Annington Immobilien.¹²

„Einmal den Banker fragen, was die Weltwirtschaftskrise wirklich ausgelöst hat. Oder einmal beim Vorstandsvorsitzenden eines Energieriesens nachbohren, welches Potenzial Solarstrom aus der Sahara wirklich hat ...“¹³

Initiativkreis Ruhrgebiet, Neue Begegnungen auf Augenhöhe, Meldung zum „Dialog mit der Jugend“ vom 26.8.2009

Wie der Initiativkreis Ruhr meldet, ist die Nachfrage groß. Im Schuljahr 2009/10 nahmen 44 Schulen teil, 3.184 Schüler traten in einen „Dialog“ mit dem Topmanager.¹⁴ Zu den Gesprächspartnern gehörten RWE-Boss Jürgen Großmann, Bodo Hombach vom Medienkonzern WAZ und Herbert Lütkestratkötter, Vorstandsvorsitzender der Hochtief AG.

Die Gewerkschaften halten dagegen – mit der Initiative Schule und Arbeitswelt.¹⁵ Träger sind DGB, GEW, IG BCE, IG Metall und ver.di.¹⁶ Die Initiative zielt darauf, den Austausch aller am Schulleben Beteiligten zu fördern. Schulen und Lehrkräfte sollen Anregungen für einen umfassenden Blick auf die Arbeitswelt erhalten, also auch aus der Perspektive von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dazu regt sie unter anderem Schul- und Unterrichtsprojekte an. Welche regionalen Aktivitäten es gibt, steht auf der Homepage der Initiative. Im Münsterland starten regelmäßig Aktionstage in Berufsschulen und Berufsfachschulen. Im rheinischen Düren läuft das Projekt Gewerkschaft und Schule, organisiert von der Dürener Ortsgruppe der IG BCE. Und in Ostfriesland beteiligt sich der DGB daran, Haupt- und Förderschüler

in den letzten beiden Schuljahren zu begleiten und bei der Berufswahl zu unterstützen. Auch Unterrichtsmaterialien stellt die Initiative bereit. Etwa zur Ökonomischen Bildung, zu Interessenvertretung und Mitbestimmung oder zu Sozialpolitik und Sozialstaat. Freilich verfügt die Gewerkschaftsinitiative nicht annähernd über den exklusiven Zugang zu Schulen und die Ressourcen der Arbeitgeberseite, deren Materialien und „Einsatzkräfte“ in die Tausende gehen.

8.2 Bundeswehroffiziere machen politische Bildung

„Die Bundeswehr wirbt um Sympathie und Nachwuchs – und nutzt dafür auch einen Schießsimulator“.¹⁷ Das berichtet die Süddeutsche Zeitung (SZ) im März 2010 in ihrer Online-Ausgabe. Das Blatt schreibt von 50 Schülern des Berufsbildungszentrums Plön in Schleswig-Holstein, die zur Heeresflugabwehrschule Todendorf führen. Angekündigt war ein Informationstag über „marktgängige Berufe bei der Bundeswehr“, so die Onlinezeitung. Dort angekommen, spielte plötzlich „auch ein Schießsimulator eine Rolle“. Außerdem durften Schüler mit Handfeuerwaffen Zielübungen machen. „Darunter – entgegen den Vorschriften der Bundeswehr – sogar Minderjährige“. Axel Böhm, Schulleiter des Berufsbildungszentrums, fiel laut SZ aus allen Wolken. „Das war vorher nicht ersichtlich. Dafür hätte ich nie Unterrichtszeit bereitgestellt“, wird Böhm zitiert.

Der GEW-Hauptvorstand beobachtet mit Sorge, dass sich die Bundeswehr verstärkt um größeren Einfluss in den Schulen bemüht.¹⁸ „Es wurden Fälle bekannt, in denen Waffenschauen und Informationsveranstaltungen auf Schulhöfen und in Turnhallen stattfanden“, so die Gewerkschaft. Kooperationsabkommen mit Landesregierungen unterstützten das „offensive Vorgehen der Bundeswehr“.

Die GEW kritisiert, dass diese Abkommen der Armee „weit reichende Möglichkeiten im Bereich der politischen Bildung, des Politikunterrichts sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Referendare“ einräumen.¹⁹ Dies geschehe in einer Zeit, in der die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von NATO- und UN-Mandaten „verfassungsrechtlich umstritten, politisch immer fragwürdiger und von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden.“ Und in einer Zeit, in der die Wehrpflicht ausgesetzt ist und der militärische Nachwuchs knapp wird.

Das Bundesverteidigungsministerium sieht keinen Anlass, die Schulbesuche von Armeeingehörigen zu überdenken. Ob Einsätze in Afghanistan, im Kosovo oder am Horn von Afrika: „Die Jugendoffiziere der Bundeswehr helfen Schülern, diese komplexen Zusammenhänge zu verstehen“, schreibt das Ministerium.²⁰ Diese Offiziere seien „methodisch-didaktisch ausgebildet und bieten einen schülergerechten Unterricht.“ Sie kämen „auf Einladung“ in die Klassen. „Im offenen Dialog ... vermitteln sie die Grundsätze der deutschen Sicherheitspolitik.“ Zudem zeigten sie, „wie globale Politik funktioniert“, erklärt das Ministerium. In der Bundeswehr gibt es 94 hauptamtliche und rund 300 nebenamtliche Jugendoffiziere.²¹

Gesamtschule kooperiert mit Bundeswehr-Einrichtung

Die Gesamtschule Aachen-Brand besiegelte am 13. Mai 2009 eine Lernpartnerschaft mit der Technischen Schule des Heeres in Aachen.²² „Wir freuen uns über die Kooperation“, erklärte Oberstleutnant Holger Fleckenstein. „Wir möchten den Schülern zeigen, dass unsere Berufe interessant und abwechslungsreich angelegt sind.“ Vorgesehen ist, dass die Heeres-Schule Praktikumsplätze zur Verfügung stellt, Berufsbilder in der Schule präsentiert und

„beim Tag der Offenen Tür mit einem eigenen Stand präsent“ ist. Die Lernpartnerschaft ist Teil einer Initiative, die die Industrie- und Handelskammern in Aachen, in Bonn/Rhein-Sieg und in Köln gemeinsam mit der Handwerkskammer Köln und der Bezirksregierung Köln betreiben. Ziel sei, „Wirtschaft und Arbeitswelt ins Klassenzimmer zu bringen.“ Walther Kröner, Leiter der Gesamtschule Aachen-Brand, verteidigt die Partnerschaft.²³ Es handele sich nicht um eine Kooperation mit der Bundeswehr, sondern „ausschließlich mit der Ausbildungswerkstatt.“ Diese, so Kröner, biete eine zivile Ausbildung zum Mechatroniker an, „welche für unsere Schüler attraktiv ist.“

Quellen

- 1 dazu und zum Folgenden: Deutsche Bank, Finanzielle Allgemeinbildung: Bankmitarbeiter im Klassenzimmer, Pressemeldung vom 17.5.2010
- 2 <https://www.targobank.de/de/ueber-uns/presse/pressemitteilung-201003042.html>; 28.3.2011
- 3 <http://www.business-at-school.net/ww3ee/3163160.php?sid=13884332552633107129422272227660#a3343640>, 5.1.2011
- 4 <http://www.karriere.de/studium/chef-zu-gewinnen/>, 14.3.2011
- 5 <http://www.handelsblattmachtschule.de/praxiskontakt/>; 14.3.2011
- 6 vgl. <http://www.test.de/themen/geldanlage-banken/meldung/DVAG-Haftung-fuer-Fehlberatung-20389-20389/>; 14.3.2011; Tobias Romberg, Brutal viel Geld verdienen, in: Die Zeit, 8.5.2009; <http://www.zeit.de/2009/20/Abzocker>, 14.3.2011
- 7 Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft Hessen und Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, Partnerschaft Schule Unternehmen. Eine Landkarte der Möglichkeiten, April 2005, Seite 16, zum Herunterladen unter: [http://www.schule-wirtschaft.de/index.php?id=232&no_cache=1&tx_tatermin_pi1\[pointer\]=0&tx_tatermin_pi1\[showUid\]=103](http://www.schule-wirtschaft.de/index.php?id=232&no_cache=1&tx_tatermin_pi1[pointer]=0&tx_tatermin_pi1[showUid]=103), 5.1.2011
- 8 siehe Privatisierungsreport Nr. 1, Seite 26ff.
- 9 <http://www.ksw-mettmann.de/lernpartnerschaften/unternehmen>, 5.1.2011

-
- 10 <http://www.metro-macht-schule.de/partner>, 5.1.2011
 - 11 http://www.i-r.de/Internet/DE/Projekte/Wirtschaft_und_Schule/, 5.1.2011
 - 12 Initiativkreis Ruhr, Dokumentation, Wirtschaft und Schule – Dialog mit der Jugend 2009/10, Seite 35, zum Herunterladen unter: http://www.i-r.de/Internet/DE/Projekte/Wirtschaft_und_Schule/Was_ist_Dialog/, 5.1.2011
 - 13 Initiativkreis Ruhr, Dokumentation, Wirtschaft und Schule – Dialog mit der Jugend 2009/10, Seite 17
 - 14 Initiativkreis Ruhr, Dokumentation, Wirtschaft und Schule – Dialog mit der Jugend 2009/10, Seite 12.
 - 15 <http://schule.dgb.de/>, 18.2.2011
 - 16 kritisch dazu: Wolfgang Lieb, Mitherausgeber der Webseite nachdenkseiten.de; <http://www.nachdenkseiten.de/?p=8373#more-8373>, 18.2.2011
 - 17 Johann Osel, Bundeswehr an Schulen. Kameraden im Klassenzimmer, sueddeutsche.de, 26.3.2010: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-an-schulen-kameraden-im-klassenzimmer-1.15788>, 3.1.2011
 - 18 http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html, 3.1.2011
 - 19 Beschluss des GEW-Hauptvorstandes vom 5./6.März 2010
 - 20 [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/lut/p/c4/DcLBDYAgDAXQWVygvXtzC_UGWOELFgKoidNr3uOVf2pueNOR1SSeeXEY7UP2vD01uCA1CHorOaEjklEvNneh4_KiW953vJAq1Fy4kiiXOA0f4HvJLQ!/,](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/lut/p/c4/DcLBDYAgDAXQWVygvXtzC_UGWOELFgKoidNr3uOVf2pueNOR1SSeeXEY7UP2vD01uCA1CHorOaEjklEvNneh4_KiW953vJAq1Fy4kiiXOA0f4HvJLQ!/) 28.3.2011
 - 21 http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/sicherheitspolitik/angebote/jugendoffiziere/karriere?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/W27DSCPS739INFODE/content.jsp, 3.1.2011
 - 22 dazu und zum Folgenden: IHK Aachen, Ein Zeichen setzen, Pressemeldung vom 13.5.2009; http://www.aachen.ihk.de/scripts/mla/mla_archiv.php?!=4&m=3896, 7.1.2011; siehe auch Privatisierungsreport Nr.1, Seite 41ff. zur 2003 besiegelten Lernpartnerschaft zwischen der damaligen Ausbildungswerkstatt des Heeres in Aachen und der Europahauptschule Johann-Heinrich-Pestalozzi in Alsdorf bei Aachen
 - 23 Walther Kröner per E-Mail am 18.3.2011



9. Was die GEW fordert

In den nächsten Jahren muss es darum gehen, seriöse Lösungen für den strukturellen Lehrkräftemangel zu finden und den Tendenzen der De-professionalisierung und Prekarisierung im Bildungswesen Einhalt zu gebieten.

Bildung braucht Profis: Der Lehrerberuf muss für junge Menschen wieder attraktiver gemacht werden, damit der Bedarf gedeckt werden kann. Das wird nicht funktionieren, wenn in Deutschland – wie in den letzten Jahren geschehen – die Einkommen eher gesenkt und oft befristete oder Teilzeit-Arbeits-Verhältnisse angeboten werden. Um dem Lehrermangel beizukommen, müssen deutlich mehr junge Menschen ausgebildet und in den Schuldienst eingestellt werden. Die GEW fordert, die Zahl der Referendariatsstellen von derzeit rund 30.000 auf 39.000 zu erhöhen.¹ Die Länder stehen also in der Pflicht, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Und sie müssen auch an ihre Zusage erinnert werden, die so genannte „Demografie-Rendite“ in den Schulen zu belassen.

Andere Länder – siehe Skandinavien – schaffen es besser, Kinder mit Behinderungen weitgehend zu integrieren und Kinder mit Migrationshintergrund oder aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Regelbetrieb zu fördern. Sie schaffen dies durch eine angemessene Ausstattung mit multiprofessionellen Teams – Lehrpersonal und ausgebildetes Unterstützungspersonal – das kontinuierlich an Schulen arbeitet und zu dem die Kinder ein Vertrauensverhältnis aufbauen können. Warum werden in Deutschland ständig neue Wörter erfunden – wie „Berufseinstiegsbegleiter“, „Bildungslotsen“, „Bildungspaten“, „Coaches“ oder „Fellows“ – ohne zuzugeben, dass hierzulande „Probleme“ lieber delegiert werden, statt sie in die professionelle Schul-Arbeit zu integrieren?

Viele dieser neuen Einsatzkräfte an Schulen – ob Leiharbeiter, Ehrenamtler oder auch die „Fellows“ von Teach First – dürfen zudem eigentlich nur für „zusätzliche“ Aufgaben eingesetzt werden und auf keinen

Fall reguläre Stellen ersetzen. Die Gefahr besteht jedoch, wie manche Beispiele zeigen. Besonders pikant ist zudem, wenn Unterstützungspersonal wie die „Teach-First-Fellows“, die keinen Unterricht abhalten sollen, aus dem Etat für Lehrkräfte oder Unterrichtsvertretungen finanziert werden, wie das in Berlin und Hamburg Praxis ist.

Und schließlich: Unterricht zu Wirtschaft, Arbeitswelt, Globalisierung oder Sicherheits- und Friedenspolitik gehört in die Hände von dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleuten. Wenn die zunehmenden Unterrichtsbesuche von Managern, anderen Unternehmensvertretern oder Jugendoffizieren der Bundeswehr den neutralen Bildungsauftrag der Schulen und die Gebote der Ausgewogenheit und Perspektivenvielfalt unterhöheln, dann muss dem Einhalt geboten werden. Der „Lebenswirklichkeit“ der SchülerInnen Raum geben, Zukunftsfragen bearbeiten und über die Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft nachdenken: Das muss anders gehen.

Wir brauchen in den Schulen mehr Muße und Zeit für Fortbildung: für die Qualität von Bildung, für die Bearbeitung der Schlüsselprobleme der Gesellschaft und für die Interessen und Probleme der einzelnen jungen Menschen, für die Herausforderung der Inklusion, für die individuelle Förderung aller Kinder und für gebundene Ganztagschulen. Das passt mit Leiharbeit und prekären Arbeitsverhältnissen, mit der hohen Personalfuktuation, mit dem Appell an Ehrenamt und Zivilgesellschaft und mit Billiglösungen im Ganztagsbetrieb nicht zusammen. Kurz: Pädagogische Aufgaben brauchen pädagogische Qualifikation. Schulen brauchen solide Personalkonzepte statt Flickschusterei. Und gute Arbeit braucht gute Arbeitsverträge. Und nicht zuletzt gutes Geld.

Quelle

- 1 Siehe: GEW macht sich für „Sofortprogramm Lehrernachwuchs“ stark, GEW-Pressemittteilung vom 24.11.2010



Ihr Kontakt zur GEW

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/2103045
E-Mail: info@gew-bw.de
www.gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
E-Mail: info@gew-bayern.de
www.gew-bayern.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
E-Mail: info@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
E-Mail: info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
E-Mail: info@gew-hb.de
www.gew-bremen.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
E-Mail: info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
www.gew-hessen.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/485270
Telefax: 0385/4852724
E-Mail: landesverband@gew-mv.de
www.gew-mv.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
E-Mail: email@gew-nds.de
www.gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
E-Mail: info@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
www.gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
E-Mail: gew-sachsen@t-online.de
www.gew-sachsen.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
E-Mail: info@gew-lsa.de
www.gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 0431/5195-1550
Telefax: 0431/5195-1555
E-Mail: info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
E-Mail: info@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

GEW-Hauptvorstand

**Parlamentarisches
Verbindungsbüro Berlin**
Wallstraße 65, 10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
E-Mail: parlamentsbuero@gew.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Online Mitglied werden unter
www.gew.de/Mitgliedsantrag.html

(Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Persönliches

Frau/Herr

Nachname (Titel)

Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Nationalität

gewünschtes Eintrittsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei von/bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufliches

Berufsbezeichnung für Studierende: Berufsziel

Fachgruppe

Diensteintritt / Berufsanfang

Tarif- / Besoldungsgebiet

Tarif / Besoldungsgruppe

Stufe

seit

Bruttoeinkommen Euro monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb / Dienststelle / Schule

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule

Postleitzahl, Ort des Betriebs/der Dienststelle / der Schule

Ihr Mitgliedsbeitrag:

- BeamtInnen zahlen 0,75 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe 1 des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.

Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich.

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Beschäftigungsverhältnis:

- Honorarkraft
- in Elternzeit
- angestellt
- befristet bis _____
- beurlaubt ohne Bezüge
- teilzeitbeschäftigt mit ____ Std. / Woche
- beamtet
- teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent
- in Rente / pensioniert
- Referendariat / Berufspraktikum
- im Studium
- arbeitslos
- Altersteilzeit
- Sonstiges _____

Ort, Datum

Unterschrift

wird von der GEW ausgefüllt

GEW-KVI-OV

Dienststelle

Fachgruppe

Kassiererstelle

Tariffbereich

Beschäftigungsverhältnis

Mitgliedsbeitrag Euro

Startmonat

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vielen Dank!
Ihre GEW

Fachgruppe

Nach § 11 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- Erwachsenenbildung
- Gesamtschulen
- Gewerbliche Schulen
- Grundschulen
- Gymnasien
- Hauptschulen
- Hochschule und Forschung
- Kaufmännische Schulen
- Realschulen
- Schulaufsicht und Schulverwaltung
- Sonderschulen
- Sozialpädagogische Berufe

Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

Betrieb/Dienststelle

Hierunter versteht die GEW den jeweiligen Arbeitsplatz des Mitglieds.

Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Berufsbezeichnung

Geben Sie hier bitte Ihren Beruf oder Ihre Tätigkeit an, eingetragen werden sollen auch Arbeitslosigkeit oder Ruhestand.

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe

Die Angaben Ihrer Vergütungs- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder keine Vergütung nach TVöD/TV-L oder BAT erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.